

A.1 Entwurf Landeswahlprogramm 2009 – Antrag an den Landesparteitag am 25.04.2009

Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.

Zukunftsprogramm für gute Arbeit, soziale Sicherheit, gerechte Bildung und gesunde Umwelt

Einreicher: Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen &
Mitglieder der Arbeitsgruppe Landeswahlprogramm 2009

Beschlussantrag:

Der Landesparteitag beschließt den nachfolgenden Text als Wahlprogramm für die Landtagswahl 2009.

Inhaltsverzeichnis

Präambel

1. Gute Arbeit - besser wirtschaften

- 1.1. Die Sächsische Wirtschaft in der Krise
- 1.2. Ein Schutzschirm für die Menschen
- 1.3. Wirtschaft: sozial und ökologisch
- 1.4. Umkehr in der Lohnpolitik
- 1.5. Kleine und mittelständische Unternehmen stärken, Regionen unterstützen
- 1.6. Sachsen – Land der Innovationen
- 1.7. Beschäftigung öffentlich fördern
- 1.8. Öffentliche Unternehmen stärken
- 1.9. Fachkräftemangel entgegenwirken
- 1.10. Arbeitsplätze schaffen, Zukunftsbranchen stärken
- 1.11. Die Rechte von Beschäftigten, Erwerbslosen und Verbrauchern stärken
- 1.12. Ausbildung und Beruf qualifizieren

2. Sozial gerecht und sicher leben

- 2.1. Selbstbestimmt und solidarisch
- 2.2. Aktiv Armut bekämpfen
- 2.3. Alternativen zu Hartz IV entwickeln
- 2.4. Würdevolles Leben im Alter
- 2.5. Kinder- und Jugendhilfe stärken
- 2.6. Flächendeckende Gesundheitsvorsorge sicherstellen
- 2.7. Gleichstellung ermöglichen

- 2.8. Vielfalt statt Diskriminierung
- 2.9. Familienfreundliches Sachsen
- 2.10. Soziale Daseinsvorsorge sicherstellen

3. Bildung und Kultur für alle und überall

- 3.1. In Bildung, Wissenschaft, Kultur investieren
- 3.2. Bildung ist keine Ware, sondern Persönlichkeitsentwicklung
- 3.3. Teilhabe an Bildung von Anfang an
- 3.4. Längeres gemeinsames Lernen
- 3.5. Schulische Bildung verbessern
- 3.6. Wohnortnahe Gemeinschaftsschulen einrichten
- 3.7. Kommunale Schulen mit pädagogischer Vielfalt
- 3.8. Sorbische Schulen
- 3.9. Kostenfreiheit für Schüler- und Schülerinnenbeförderung und Lernmittel
- 3.10. Außerschulische Jugendbildung stärken
- 3.11. Berufliche Bildung für alle und vor Ort
- 3.12. Lebenslanges Lernen unterstützen
- 3.13. Gebührenfreies Studieren bis zum Master
- 3.14. Autonomie und Demokratie der Hochschulen stärken
- 3.15. Sichere Arbeitsverhältnisse für wissenschaftlichen Nachwuchs
- 3.16. Sportförderprogramm entwickeln: Breiten- und Leistungssport unterstützen
- 3.17. Sachsen als Kulturstaat
- 3.18. Kulturelle Vielfalt erhalten
- 3.19. Kulturelle Teilhabe ermöglichen
- 3.20. Öffentliche Kultureinrichtungen stärken
- 3.21. Für sichere Arbeitsverhältnisse in Kultur und Medien
- 3.22. Kulturraumgesetz demokratisieren
- 3.23. Freie Kultur- und Kunstszene unterstützen
- 3.24. Kulturell-künstlerischen Nachwuchs fördern
- 3.25. Sorbische Kultur fördern

4. Sicher leben – Freiheit schützen

- 4.1. Sicherheit und Schutz der Bürgerinnen- und Bürgerrechte
- 4.2. Rechtsstaat erhalten

- 4.3. Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung ermöglichen
- 4.4. Kommunalpolitik stärken
- 4.5. Kommunalabgaben begrenzen
- 4.6. Mitwirkung erleichtern
- 4.7. Geschlechtergleichstellung – Aufgabe für alle öffentlichen Ebenen und Bereiche
- 4.8. Weltoffenes und kulturvolles Sachsen
- 4.9. Die extreme Rechte: eine Gefahr für die Demokratie

5. Umwelt schützen und Energiewende einleiten

- 5.1. Sozial-ökologischer Umbau als Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft
- 5.2. Verantwortungsbewusste Verkehrs- und Wirtschaftspolitik ist nachhaltig
- 5.3. Erneuerbare Energien ausbauen, Landschaft erhalten
- 5.4. Ökologisch erzeugen und regional vermarkten
- 5.5. Natur-, Tier- und Artenschutz ernst nehmen

Schluss

2 **Präambel**

3

4 Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

5 zwei Jahrzehnte nach dem Herbst 1989 ist das Versprechen von den „blühenden Landschaften“,
6 das damals den Menschen in Sachsen gegeben wurde, fernab der heutigen Realität. Sachsen war
7 seit Jahrhunderten eine Region, in der die Wirtschaft gedieh und bildete auch in der DDR das
8 wirtschaftliche Zentrum des Landes. Die hohe Qualifikation der Einwohnerinnen und Einwohner
9 war die Grundlage dafür, dass die sächsische Ökonomie, aber auch Wissenschaft, Handel und
10 Kultur eine Spitzenstellung einnahmen. Sachsen als Einwanderungsland bot Menschen ganz
11 verschiedener Herkunft, Weltanschauungen oder Lebensweisen einen Platz. Kulturelle Offenheit
12 und Innovationsfähigkeit waren über Jahrhunderte ein Markenzeichen Sachsens und Grundlage
13 seines wirtschaftlichen Erfolgs. Nirgendwo sonst waren also die Bedingungen für die Einhaltung
14 des Versprechens von den „blühenden Landschaften“ so gut wie in Sachsen.

15 Der Zusammenbruch des wirtschaftsliberalen Finanzsystems und der unvorstellbare Verlust von
16 Volksvermögen in dreistelliger Milliardenhöhe haben den Vorwurf ad absurdum geführt, dass
17 die LINKE den Wohlstand in Deutschland bedroht. Vielmehr ist es umgekehrt: Weil die
18 bürgerliche Regierung ihrer Aufsichtspflicht nicht nachgekommen ist, muss jetzt die Masse der
19 kleinen Leute, für die grandios verfehlte Finanzpolitik die Zeche zahlen.

20 Mit diesem Wahlprogramm legen wir, DIE LINKE in Sachsen, Ideen, Vorschläge und Konzepte
21 für Sachsen vor, mit denen wir unser Land zum Besseren gestalten wollen. Wir wollen
22 ermöglichen, dass jede Einwohnerin und jeder Einwohner dieses Landes ein Leben in
23 Menschenwürde führen kann. Denn die Leistungen der Menschen in Sachsen sind in den letzten
24 Jahren, bei allen sozialen Verwerfungen, die Grundlage dafür, dass Sachsen auch Erfolge zu
25 verzeichnen hat. Ihrem Fleiß, ihren Initiativen, ihrer Bereitschaft zur Veränderung ist es zu
26 verdanken, dass Sachsen lange Zeit als erfolgreichstes neues Bundesland galt. Die meisten
27 Menschen leben gern in Sachsen. Damit das so bleibt und der begonnene Abstiegsprozess
28 gestoppt und umgekehrt wird, braucht Sachsen einen Aufbruch aus der politischen Erstarrung.

29 Mit dem Verlust der sächsischen Landesbank und den damit verbundenen Belastungen in
30 Milliardenhöhe für unseren Landeshaushalt hat die CDU ihren Ruf als Partei guter Finanzpolitik
31 verloren. Anstatt einer soliden, auf die regionalen Aufgaben orientierten Arbeit wollte man auf
32 den großen Märkten mitspielen und verlor dabei besonders gründlich. Die CDU hat das
33 Vertrauen missbraucht, das ihnen von vielen Sachsen entgegengebracht wurde.

34 Auch in der Wirtschaftspolitik wird deutlich, dass die Rezepte der CDU nicht heilsam sind. Die
35 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sachsen verdienen nicht nur deutlich weniger als die in

36 den alten Bundesländern. Ihr Verdienst ist sogar noch geringer als im Schnitt der neuen
37 Bundesländer. Die CDU behauptet, dass dies ein Vorteil für Sachsen wäre.
38 Die Schere zwischen Sachsen und den alten Bundesländern öffnet sich weiter, das
39 Inlandsprodukt Sachsens wuchs 2008 langsamer als das aller anderen Bundesländer. Nach
40 zwanzig Jahren CDU - Politik muss festgestellt werden: es wurde nicht erreicht, was
41 versprochen wurde.

42
43 Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
44 viele, insbesondere junge Frauen und Männer, sehen schon seit langem nicht mehr ein, warum
45 sie die Ergebnisse der Politik ausbaden sollen. Sie verlassen Sachsen und suchen ihr Glück
46 anderswo. Seit 1990 sind dies über 700 000 Menschen. So verliert unser Land kompetente und
47 fleißige Menschen. Die meisten Städte und Gemeinden in Sachsen schrumpfen auf dramatische
48 Weise. Wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird, verliert Sachsen dauerhaft die
49 Voraussetzungen für eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung.

50
51 DIE LINKE. Sachsen steht für einen Richtungswechsel in der sächsischen Politik hin zur
52 sozialen Sicherheit, zu innovativem und nachhaltigem Wirtschaften. Wir wollen zukunftsfähige
53 Bildung und Möglichkeiten der kulturellen Teilhabe, die niemanden von vornherein ausgrenzen.
54 Dies wollen wir gemeinsam mit den Menschen erreichen. Nur ein Land, in dem man gut
55 arbeiten, gut lernen und gut leben kann, ist auf Dauer attraktiv.

56 Soziale Sicherheit ist zu allen Zeiten, die Grundlage für Kreativität und ein selbstbestimmtes
57 Leben. Es ist nur menschlich, dass die mit Abstand meisten Menschen ein Leben in sozialer
58 Sicherheit anstreben, was für uns als LINKE nur in Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit
59 funktionieren kann und einhergeht. Denn aller Reichtum entsteht nicht, weil die wenigen, die
60 über ihn verfügen, so viel getan hätten.

61 Er ist vielmehr das Ergebnis der Tätigkeit der vielen, die nur wenig davon haben. Soziale
62 Gerechtigkeit ist eine Frage der Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen und der Verteilung
63 des Reichtums. Davon hängt auch die soziale Sicherheit in der Gesellschaft ab. Dafür wollen wir
64 regieren.

65
66 Die CDU hatte in Sachsen vier Wahlperioden Zeit, ihre Versprechungen einzulösen. Sie ist
67 gescheitert. Dies muss auch der SPD ins Stammbuch geschrieben werden, die seit 2004
68 Mitverantwortung in der Regierung trägt.

69 Seit der politischen Wende hat sich unsere Partei DIE LINKE zur stärksten Oppositionspartei in
70 Sachsen entwickelt, die wie keine andere Partei für soziale Gerechtigkeit steht. Auf allen Ebenen
71 – in Europa, im Bund, im Land und in den Kommunen - beschränken wir uns nicht auf
72 Widerstand und Protest, sondern bieten realisierbare politische Alternativen an. Wir haben die
73 Kraft für einen nachhaltigen Politikwechsel, für die Durchsetzung einer neuen sozialen Idee, für
74 ein innovatives und weltoffenes Sachsen.
75 DIE LINKE. Sachsen hat ihre Arbeit in den letzten Monaten auf Kernprojekte für einen
76 Politikwechsel konzentriert, die wir Ihnen im Folgenden vorstellen wollen.
77

78 **1. Gute Arbeit - besser wirtschaften**

79 1.1. Die Sächsische Wirtschaft in der Krise

80 Sachsen gehörte früher zu den wirtschaftlich prosperierenden Regionen in Deutschland. Noch
81 immer ist unsere Wirtschaftskraft stärker als die anderer ostdeutscher Länder. Allerdings ist die
82 sächsische Wirtschaft durch die Deindustrialisierung Anfang der 90iger Jahre und die falsche
83 Strategie, auf niedrige Löhne zu setzen, geschwächt. Wenige Großunternehmen, verlängerte
84 Werkbänke, eine zu geringe Zahl von Unternehmen, ein kapitalschwacher Mittelstand und eine
85 mangelnde Binnenkaufkraft sind die zentralen Probleme. Sachsen ist weit von einer sich selbst
86 tragenden Wirtschaftsentwicklung entfernt. Der Abstand zu den westdeutschen Ländern ist nach
87 wie vor groß. Die Hoffnungen der letzten Jahre auf einen erneuten Wirtschaftsaufschwung
88 werden durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zunichte gemacht. Hinzu kommt eine
89 neoliberale Politik, die mit der Agenda 2010 einen Höhepunkt gefunden hat. Sie hat mit ihrer
90 Niedriglohnstrategie, zahlreichen und bewussten Deregulierungen in der Wirtschafts- und
91 Finanzpolitik zu einer Zunahme prekärer Beschäftigung und zur Stagnation der Realeinkommen
92 der abhängig Beschäftigten geführt. Die kurzzeitige Entspannung auf dem sächsischen
93 Arbeitsmarkt ist zu einem nicht unerheblichen Teil durch die Zunahme von Leiharbeit und
94 geringfügiger Beschäftigung erkaufte worden. Hinzu kommt die Tatsache, dass viele von
95 Arbeitslosigkeit Betroffene in Rente gegangen und damit aus der Statistik heraus gefallen sind.
96 Inzwischen gibt es wieder einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosenquote. Die Anmeldung von
97 Kurzarbeit und die Ankündigung von Massenentlassungen sind die Vorboten einer schweren
98 Wirtschaftskrise. Dies macht sich auf dem sächsischen Arbeitsmarkt bereits jetzt deutlich
99 bemerkbar.

100 Wirtschaftskrisen sind im Kapitalismus systemimmanent. Dennoch gibt es politische
101 Verantwortungsträger, die für die Schärfe der aktuellen Krise die Verantwortung tragen. Denn es
102 war die Politik, die riskante Spekulationen auf den Finanzmärkten überhaupt erst ermöglicht hat,
103 statt auf Investitionen in die „Realwirtschaft“ und eine starke Binnenkaufkraft zu setzen. Auch in
104 Sachsen ist diese Strategie befürwortet und verfolgt worden.

105

106 1.2. Ein Schutzschirm für die Menschen

107

108 Die Arbeits-, Wirtschafts- und Finanzpolitik der LINKEN steht für einen grundlegend anderen
109 Ansatz. Unser Ziel sind gute Arbeitsplätze zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen: mit einer
110 existenzsichernden, fairen Entlohnung, welche die Leistungen der Menschen würdigt und die

111 Binnenkaufkraft stärkt. Wir wollen mit der Förderung des Mittelstandes eine stabile
112 Wirtschaftspolitik, die auch den strukturschwachen ländlichen Regionen zugute kommt und
113 gleichwertige Lebensverhältnisse für alle schafft.
114 Wir werden alles daran setzen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise für die abhängig
115 Beschäftigten und Erwerbslosen so gering wie möglich zu halten. Es kann nicht sein, dass jetzt
116 diejenigen für die Krise bezahlen sollen, die nicht für sie verantwortlich sind. Um die sächsische
117 Wirtschaft in der Krise zu stabilisieren und die Arbeitsplätze zu sichern braucht Sachsen eine
118 Konjunkturpolitik für Arbeitsplätze. Dazu gehören auch kurzfristige Lösungen für momentan
119 gefährdete Unternehmen. Der Staat darf sich in dieser schwierigen Situation nicht aus der
120 Verantwortung ziehen. Gleichzeitig müssen die Fehler der Vergangenheit vermieden werden.
121 Durch Teilverstaatlichung, Beteiligungen der öffentlichen Hand oder die Unterstützung von
122 Mitarbeiterbeteiligungen am Unternehmenskapital kann die Politik wieder Einfluss auf
123 Unternehmen gewinnen und dafür sorgen, dass ihre Wirtschaftstätigkeit dem Allgemeinwohl zu
124 Gute kommt.

125

126 1.3. Wirtschaft: sozial und ökologisch

127

128 DIE LINKE. Sachsen weiß auch, industrielle Wertschöpfung ist für den Wohlstand der
129 Gesellschaft und den sozialen Fortschritt unverzichtbar. Weil wir Gute Arbeit und Gutes Leben
130 für die Menschen im Freistaat auf der Grundlage gerechter Verteilungsverhältnisse wollen,
131 kümmern wir uns ebenso entschieden um die Bedingungen der Entstehung der Güter und
132 Leistungen.

133 Bei der Unterstützung von Unternehmen mit öffentlichen Mitteln zum Zweck der
134 Konsolidierung und der Wachstumsfinanzierung soll die öffentliche Beteiligung des Freistaats
135 Vorrang haben. Dafür wollen wir den „Sächsischen Beteiligungsfonds Nachhaltige Wirtschaft“
136 einrichten, in ihm sollen auch alle bereits direkt oder indirekt bestehenden Beteiligungen des
137 Freistaates zusammengeführt werden.

138 Mit einem sozial-ökologischen Konjunkturprogramm für Sachsen wollen wir Arbeitsplätze
139 erhalten, die Wirtschaft stabilisieren, modernisieren und auf Zukunftsfähigkeit ausrichten. Ein
140 Schwerpunkt sollte daher auf innovativen und ökologisch nachhaltigen Technologien liegen.
141 Sachsen hat die besten Voraussetzungen, durch seine lange Ingenieurstradition, gute technische
142 Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie seine Erfahrungen in der Energieerzeugung zu
143 dem Land ökologischer Innovation zu werden.

144 Bereits jetzt gibt es tausende Arbeitsplätze im Bereich erneuerbarer Energien. Viele neue

145 Arbeitsplätze können hier entstehen, wenn in Solar- und Windenergie sowie in Geothermie,
146 Methoden der Energieeinsparung oder der Entwicklung einer innovativen Produktpalette
147 investiert wird. Auch die energetische Sanierung von Gebäuden nützt der Umwelt, schafft
148 Arbeitsplätze und schont den Geldbeutel. DIE LINKE setzt auf nachhaltiges Wirtschaften und
149 ökologische Innovation. In Sachsen befindet sich das einzige europäische Cluster der
150 Mikroelektronik. Das wollen wir erhalten und ausbauen – wenn nötig auch mit gezielter
151 staatlicher Unterstützung und Intervention.

152 Ein weiterer Baustein unseres Konjunkturprogramms ist die Investition in Bildung und soziale
153 Infrastruktur. Mit Investitionen in Kitas und Schulen wollen wir den Investitionsstau in diesem
154 Bereich reduzieren und eine hohe Investitionsquote halten. Wir wollen die Investitionstätigkeit
155 der Kommunen stärken und dafür sorgen, dass auch finanzschwache Kommunen profitieren
156 können.

157

158 1.4. Umkehr in der Lohnpolitik

159

160 Die geringe Binnenkaufkraft ist eine weitere Strukturschwäche der sächsischen Wirtschaft, da
161 sie zu wenig Nachfrage und damit zu Instabilität sächsischer Unternehmen v.a. im
162 Dienstleistungsbereich führt. Deswegen will DIE LINKE die Kaufkraft stärken. Aber auch aus
163 anderen Gründen wollen wir eine Umkehr in der Lohnpolitik befördern. Viele Menschen in
164 Sachsen arbeiten zu Niedrig- oder Armutslöhnen. Viele Menschen können von den Einkünften
165 aus ihrer Arbeit nicht mehr leben. In kaum einem anderen Land gibt es mehr „Aufstocker“ als in
166 Sachsen – also Menschen, die zusätzlich zu ihrer Arbeit zum Überleben noch Hartz IV beziehen
167 müssen. Auch die viel zu geringe Tarifbindung sächsischer Unternehmen trägt zu dem geringen
168 Lohnniveau in Sachsen bei. Deswegen streitet DIE LINKE im Bund für die Einführung eines
169 gesetzlichen Mindestlohnes. Doch auch Sachsen hat die Möglichkeit, eine Umkehr in der
170 Lohnpolitik zu befördern. Wir wollen zunächst alle rechtlichen Spielräume ausnutzen, damit
171 öffentliche Aufträge nur noch an Firmen vergeben werden, die Mindestlöhne zahlen. Darüber
172 hinaus wollen wir eine Tariftreueerklärung im Vergaberecht. Mit öffentlichen Geldern darf kein
173 Lohndumping finanziert werden! Auch andere soziale Kriterien und das Verbot, Produkte aus
174 Kinderarbeit zu beschaffen, müssen im Vergaberecht gesichert werden. Eine leistungsgerechte
175 Bezahlung von Angestellten im öffentlichen Dienst und eine Initiative zur Lohnangleichung von
176 Frauen und Männern sind weitere Schritte, um für faire Löhne zu sorgen. Die Angleichung der
177 ostdeutschen Löhne an westdeutsches Niveau ist und bleibt eine wichtige Aufgabe. DIE LINKE
178 wird sich gemeinsam mit den Gewerkschaften für Flächentarifverträge einsetzen.

179

180 1.5. Kleine und mittelständische Unternehmen stärken, Regionen unterstützen

181

182 Kleine und mittelständische Unternehmen sowie das Handwerk und der Tourismus sorgen für
183 die Wirtschaftskraft der Regionen und sie stellen die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze zur
184 Verfügung. Deshalb will DIE LINKE kleine und mittelständische Unternehmen und deren
185 Vernetzung untereinander stärken. Auf den Mittelstand zu setzen ist ein weiteres Instrument, um
186 die Wirtschaftskrise zu überstehen. Kleine und mittelständische Unternehmen, die in der Region
187 investieren, statt auf Finanzmärkten zu spekulieren, haben sich als krisenfester erwiesen.

188 Eine gute Auftragslage und eine stabile Kreditversorgung sind nicht nur, aber gerade in der
189 Krise Voraussetzung für die Stabilisierung von Handwerk und Mittelstand. Da es in Sachsen nur
190 wenige Großunternehmer gibt, ist es umso wichtiger, dass die öffentliche Hand dafür sorgt, dass
191 Aufträge an kleine und mittlere Unternehmen aus der Region fließen. Deshalb fordert DIE
192 LINKE schon seit vielen Jahren eine stetige kommunale Investitionszuschüsse, welche die
193 Kommunen in die Lage versetzt, vor Ort zu investieren. Wo es erforderlich ist, müssen vor allem
194 finanzschwache Kommunen vom Eigenanteil bei Kofinanzierungen für Investitionen befreit
195 werden. Gegebenenfalls müssen rechtliche Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Würden
196 die Aufträge stärker als bisher in der Region vergeben, könnten sie regionale
197 Wirtschaftskreisläufe stärken.

198 Eine bessere Kreditversorgung wollen wir durch kommunale Sparkassen und
199 Genossenschaftsbanken erreichen. Unsere Mittelstandspolitik ist eng mit der Stärkung von
200 regionalen Wirtschaftskreisläufen statt einer einseitigen Orientierung auf Leuchtturmpolitik
201 verbunden. Regionalentwicklung und Wirtschaftspolitik müssen aufeinander abgestimmt
202 werden. DIE LINKE will daher Regionalbudgets einführen. Ein Teil der Fördergelder von EU
203 und Bund, die in Sachsen zur Verfügung stehen, sollen pauschal in die Regionen gehen, damit
204 mit der Sachkompetenz der Bürgerinnen und Bürger vor Ort entschieden wird, wofür sie
205 eingesetzt werden. Damit wollen wir sicherstellen, dass auch ländliche Räume von öffentlichen
206 Geldern profitieren und die Bevorzugung der Großstädte in der Wirtschaftsförderung
207 unterbunden wird. Mit einer integrierten Politik für ländliche Räume sollen die Potentiale der
208 Region gebündelt und besser genutzt werden.

209 Die ökonomischen Kontakte zu den Nachbarländern Polen und Tschechien müssen stärker
210 gepflegt und der Aufbau grenzüberschreitender Wirtschaftsregionen forciert werden.

211

212 1.6. Sachsen – Land der Innovationen

213

214 Im Rahmen einer modernen Innovationspolitik wollen wir die Förderpolitik umgestalten. Kleine
215 und mittelständische Unternehmen in Sachsen verfügen anders als Großunternehmen über keine
216 eigenen Forschungsabteilungen. Technologietransfer zu Gunsten klein- und mittelständischer
217 Unternehmen findet viel zu wenig statt. Mit Hilfe von Innovationsgutscheinen wollen wir dafür
218 sorgen, dass kleine und mittelständische Unternehmen in Sachsen stärker als bisher von
219 Innovationen profitieren und sie anwenden können, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen
220 und gleichzeitig einen Beitrag zur Stärkung der sächsischen Forschungsstandorte leisten.
221 Sachsens Unternehmen und insbesondere neue Unternehmen verfügen über zu wenig Kapital,
222 um sich am Markt zu etablieren. Deshalb wollen wir jungen Unternehmen Risikokapital zur
223 Verfügung stellen. Wenn damit gleichzeitig eine öffentliche Beteiligung einhergeht, kann
224 gesichert sein, dass ein Teil der Gewinne in die öffentlichen Haushalte zurückfließt und die
225 Förderpolitik nicht länger ein reines Zuschussgeschäft darstellt. Revolvierende, sich selbst
226 refinanzierende Fonds stellen ein weiteres Instrument dar, das kapitalschwache sächsische
227 Unternehmen stärkt und die öffentlichen Haushalte gleichzeitig schont. DIE LINKE unterstützt
228 Technologiezentren in ländlichen Regionen. Wir stehen für eine Neuausrichtung der
229 Technologiepolitik auf ökologische Innovationen, die auf die Entwicklung und Vermarktung
230 neuer Produkte und auf effiziente und ressourcenschonende Herstellung setzt.

231

232 1.7. Beschäftigung öffentlich fördern

233

234 Um Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, bedarf es allerdings mehr als einer besseren
235 Wirtschaftspolitik. Sachsen braucht endlich eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich die
236 systematische Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit zum Ziel setzt. Die Auflage eines
237 Landesarbeitsmarktprogramms ist längst überfällig. Die Arbeitsmarktpolitik von Land, Agentur
238 für Arbeit und den Kommunen muss endlich besser koordiniert werden und gemeinsame Ziele
239 verfolgen. Öffentlich geförderte Beschäftigung und Schaffung neuer Arbeitsplätze im sozialen
240 und kulturellen Bereich müssen dabei eine wesentliche Rolle spielen. Statt demütigender Ein-
241 Euro-Jobs wollen wir sozialversicherungspflichtige Alternativen, das heißt reguläre und
242 existenzsichernde Arbeitsplätze, befördern. Ein „Non-Profit-Sektor“ zwischen Markt und Staat -
243 also Arbeiten im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich - bietet viele Potentiale für neue
244 Arbeitsplätze. Ob z.B. in Schulküchen, der Sozialarbeit oder im Umweltschutz – es gibt viel
245 Arbeit zu tun, die nicht oder nicht ausreichend finanziert wird. Mit einer Bündelung der Gelder
246 aus verschiedenen Töpfen wollen wir mehrjährige, existenzsichernde Arbeitsplätze schaffen.

247 Außerdem würde dies die umfangreiche Trägerlandschaft in Sachsen stabilisieren und den
248 Wegfall der ABM-Förderung durch den Bund kompensieren.
249 DIE LINKE tritt auf Bundesebene für eine Verlängerung der Bezugsdauer von ALG I ein. Wir
250 wollen, dass Langzeiterwerbslose die gleichen Rechte beim Zugang zu arbeitsmarktpolitischen
251 Maßnahmen haben. Wir unterstützen die Selbstorganisation und Selbsthilfe von Erwerbslosen.
252 Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind das Gegenteil von guter Arbeit. Wir wollen sie
253 zugunsten regulärer Beschäftigung abschaffen und auch Leiharbeit daher begrenzen. Sie darf
254 wirklich nur für einen kurzen Zeitraum zulässig sein. Es kann nicht sein, dass Leiharbeiterinnen
255 und Leiharbeiter für die gleiche Arbeit weniger verdienen und weniger Rechte haben als die
256 Beschäftigten aus der Stammebelegschaft. DIE LINKE fordert: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
257 Auch Mini-Jobs sind nicht das Beschäftigungswunder, das man sich mit ihrer Einführung
258 versprochen hat. Denn sie führen zu keinerlei Ansprüchen auf Kranken- und
259 Arbeitslosenversicherung sowie zu nur minimalen Rentenansprüchen, die zu Lasten der
260 Betroffenen gehen und letztendlich durch die öffentliche Hand kompensiert werden müssen. Wir
261 wollen Sozialversicherungspflicht ab der ersten Stunde. Statt der Ausbeutung von
262 Praktikantinnen und Praktikanten wollen wir faire Praktika mit einem Mindestlohn von 300 Euro
263 im Monat. Praktika dürfen nur der Ausbildung dienen und nicht anstelle regulärer Beschäftigung
264 treten.

265

266 1.8. Öffentliche Unternehmen stärken

267

268 DIE LINKE will öffentliche Unternehmen stärken. Wir wenden uns strikt gegen die
269 Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Möglichkeiten zur Re-Kommunalisierung von
270 Aufgaben der Daseinsvorsorge, wie z.B. der Energieversorgung, müssen vom Land unterstützt
271 werden. Dabei müssen sich diese strikt am Gemeinwohlinteresse orientieren. Wir wollen die
272 Auflösung der Sachsenfinanzgruppe, die jedoch nicht zu Lasten der Kommunen gehen darf. Die
273 Stärkung kommunaler Sparkassen steht für uns im Mittelpunkt, denn sie haben mehrheitlich den
274 Versuchen riskanter Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten widerstanden und
275 einen verantwortungsvollen Umgang mit den Ersparnissen ihrer Kunden bewiesen.
276 Öffentliche Unternehmen, aber nicht nur sie, sind in der Pflicht, Wirtschaftsdemokratie zu
277 befördern. Die öffentlichen Beteiligungen in Sachsen müssen transparent gemacht, demokratisch
278 kontrolliert und gesteuert werden. Die Vorlage eines sächsischen Subventionsberichtes,
279 Transparenz bei der Fördermittelvergabe, aber auch die Offenlegung und Begrenzung der
280 Gehälter von Managern und Geschäftsführern der öffentlichen Unternehmen gehören dazu.

281

282 1.9. Fachkräftemangel entgegenwirken

283

284 Durch das Ausscheiden von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus dem
285 Arbeitsmarkt droht zumindest für einige Branchen ein Fachkräftemangel. Durch eine
286 verantwortungsvolle Politik kann dies aber auch bedeuten, dass Erwerbslose eine Chance auf
287 einen Arbeitsplatz erhalten oder ein beruflicher Aufstieg ermöglicht wird. Eine gezielte
288 Anpassungsqualifizierung, die sich auch an ältere Menschen richtet, die stärkere Förderung von
289 Fort- und Weiterbildung sowie eine zukunftsorientierte Ausbildungspolitik sind die richtigen
290 Instrumente. Fachkräftemangel bietet auch die Möglichkeit, dass Menschen aus anderen
291 Regionen nach Sachsen ziehen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass sich die Löhne dem
292 Niveau der westdeutschen Länder angleichen. Auch das spricht für die Einführung eines
293 gesetzlichen Mindestlohnes und eine Umkehr in der Lohnpolitik.

294 Nicht nur qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könnten rar werden: In vielen Betrieben
295 stehen die Unternehmer vor dem Eintritt ins Rentenalter. Das Land ist auch hier in der
296 Verantwortung dafür, dass im Interesse von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft diese
297 Unternehmen nicht einfach geschlossen, sondern ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin
298 gefunden wird. Unternehmensnachfolge kann z.B. für Angestellte des jeweiligen Betriebes oder
299 für Hochschulabsolventen eine ökonomische Perspektive eröffnen. DIE LINKE. Sachsen will
300 Existenzgründerinnen und Existenzgründer sowie die Unternehmensnachfolge kleiner und
301 mittelständischer Unternehmen (durch sächsische Hochschulabsolventinnen und –absolventen)
302 gezielt unterstützen, zum Beispiel durch spezielle Förderprogramme und
303 Weiterbildungsangebote.

304

305 1.10. Arbeitsplätze schaffen, Zukunftsbranchen stärken

306

307 Die sächsische Wirtschaft kann sich mit staatlicher Unterstützung viele neue Potentiale
308 erschließen, weitere zukunftsfähige Branchen aufbauen und einen sinnvollen Strukturwandel
309 befördern. Wir wollen einen qualitativ hochwertigen Dienstleistungssektor mit guten Löhnen
310 statt einer Dienstbotengesellschaft. Öffentliche Dienstleistungen stehen bei uns ganz vorn – wir
311 wollen mehr und besser qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher und
312 mehr Personal an den Hochschulen. Im Kulturland Sachsen mit seinen international
313 renommierten Museen, Festivals und Theatern, mit einer lebendigen Sozio – und
314 Alternativkultur und vielen kreativen Köpfen haben wir gute Voraussetzungen dafür, die

315 Kreativ- und Kulturwirtschaft zu einem weiteren Standbein sächsischer Wirtschaft auszubauen.
316 Dafür sind Beratung für Existenzgründerinnen und Existenzgründer, eine stärkere Vernetzung
317 mit dem öffentlich geförderten Kulturbereich und eine stabile Finanzierung der Kulturszene
318 Voraussetzung.

319

320 Auch im Bereich der Gesundheitswirtschaft müssen neue Arbeitsplätze entstehen. Sachsen ist
321 das Land mit dem höchsten Anteil älterer Menschen. Der Bedarf an hochqualifiziertem und gut
322 bezahltem Pflegepersonal wird steigen.

323

324 Breitbandinternetanschlüsse sind immer mehr eine Voraussetzung für die gesellschaftliche
325 Teilhabe der Menschen sowie Standortfaktor für Unternehmen. DIE LINKE. Sachsen setzt sich
326 daher für eine flächendeckende Internet-Verfügbarkeit als Bestandteil der öffentlichen
327 Daseinsvorsorge ein. Dabei sieht sie vor allem die Unternehmen der
328 Telekommunikationsbranche in der Pflicht, auch im ländlichen Raum leistungsfähige
329 Anschlüsse bereitzustellen.

330

331 1.11. Die Rechte von Beschäftigten, Erwerbslosen und Verbrauchern stärken

332

333 DIE LINKE will gemeinsam mit Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen die Rechte von
334 Beschäftigten und Erwerbslosen ausbauen. Deshalb wollen wir endlich ein modernes
335 Personalvertretungsgesetz für den öffentlichen Dienst durchsetzen. Weiteren Angriffen auf den
336 Kündigungsschutz muss Sachsen im Bundesrat entschieden begegnen. Die Abschaffung der
337 „Verfolgungsbetreuung“ von Langzeiterwerbslosen und anderer entwürdigender und
338 sanktionierender Maßnahmen durch die ARGEN und Ämter sind die Ziele einer
339 repressionsfreien Arbeitsmarktpolitik. Insbesondere die Rechte von erwerbslosen
340 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind in den letzten Jahren massiv beschnitten worden.
341 Wir wollen eine Beteiligung von Erwerbslosenvertretungen in den ARGE-Beiräten und
342 Optionskommunen und wir wollen ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften erstreiten.
343 Die bevorstehenden Rechtsformänderungen der ARGEN dürfen nicht auf dem Rücken der
344 Erwerbslosen ausgetragen werden. Vielmehr wollen wir sichern, dass sie auch weiterhin alle
345 Leistungen für Wiedereingliederung und Grundsicherung aus einer Hand erhalten.
346 Wir setzen uns für einen besseren Arbeits- und Datenschutz für Beschäftigte ein. Wir wollen die
347 Kompetenzen im Verbraucherschutz in Sachsen endlich in einem Ministerium und in einem

348 Landtagsausschuss bündeln. Das Verbraucherinformationsgesetz wollen wir dringend
349 nachbessern.
350 Dabei ist eine stabile Finanzierung der Verbraucherzentralen eine weitere wichtige Aufgabe.
351
352 1.12. Ausbildung und Beruf qualifizieren
353
354 DIE LINKE. Sachsen will jedem jungen Menschen mit dem Recht auf einen Ausbildungsplatz
355 einen guten Einstieg in das Berufsleben ermöglichen. Darüber hinaus spricht auch ein gerechter
356 Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Unternehmen für die Einführung einer
357 Ausbildungsplatzumlage. Neben der Quantität ist die Qualität der Ausbildung sicherzustellen.
358 Das Ausbildungsangebot muss so ausgerichtet werden, dass sie dem zukünftigen Bedarf
359 entspricht. Gute Ausbildungspolitik muss daher den Strukturwandel der Wirtschaft mit
360 berücksichtigen. So kann die Zahl derjenigen erhöht werden, die nach der Ausbildung auch
361 tatsächlich einen Arbeitsplatz in Sachsen finden. Der zukünftige Bedarf an Fachkräften in
362 Sachsen ist daher durch ein Gremium von Fachleuten abzuschätzen und die
363 Berufsausbildungsförderung ist daran zu orientieren. Dabei bleibt das Recht auf freie Berufswahl
364 unangetastet. Wir stehen für ein abgestimmtes Agieren von regionaler Wirtschafts- und
365 Ausbildungsplatzförderung. Auch der öffentliche Dienst muss seinen Beitrag zur
366 Ausbildungsförderung leisten, anstatt das Angebot an Ausbildungsplätzen weiter zu reduzieren.
367 Flexible Arbeitszeiten, familienfreundliche Freistellungsregelungen, leistungsgerechte Bezahlung
368 und Einstellungskorridore im öffentlichen Dienst verjüngen das Personal und geben jungen
369 Menschen eine berufliche Perspektive. DIE LINKE will Mädchen zu einer Berufswahl in
370 technischen Berufen sowie Jungen in sozialen und erzieherischen Berufen motivieren.
371 Für DIE LINKE sind gut ausgebildete und motivierte Beschäftigte mit der Bereitschaft zu
372 lebenslangem Lernen eine Voraussetzung für eine moderne öffentliche Verwaltung. Über die
373 Mitbestimmung der Personalräte muss gesichert werden, dass die Aus- und Fortbildung im
374 Rahmen einer gezielten Personalentwicklung qualitativ verbessert wird. Wir unterstützen eine
375 umfassende Dienstrechtsreform mit dem Ziel der Schaffung eines transparenten und
376 leistungsgerechten Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrechts.
377 Mit der Einführung von Instrumenten wie Lebensarbeitszeitkonten und Sabbatjahren im
378 öffentlichen Dienst wollen wir der individuellen Lebensplanung, der Vereinbarkeit von Beruf,
379 Familie und Weiterbildung stärker gerecht werden. Bildungstage für Arbeitnehmerinnen und
380 Arbeitnehmer wollen wir in Sachsen gesetzlich verankern.
381

382 2. Sozial gerecht und sicher leben

383 2.1. Selbstbestimmt und solidarisch

384
385 Soziale Sicherheit ist für viele Menschen in weite Ferne gerückt. Massenarbeitslosigkeit und
386 stagnierende Löhne haben zu einer Verschärfung sozialer Problemlagen geführt. Der Politik ist
387 es nicht gelungen, die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich zu schließen. Im
388 Gegenteil: Die Hartz Gesetze und der mangelnde politische Wille, Armut und Ausgrenzung
389 entschlossen zu bekämpfen, haben zur weiteren Verarmung von Erwerbslosen geführt. Mit der
390 Wirtschaftskrise ist die soziale Sicherheit noch mehr in Gefahr. Viele Menschen müssen um ihre
391 ökonomische Zukunft bangen oder den sozialen Abstieg fürchten. Von dieser Verunsicherung ist
392 inzwischen auch die Mittelschicht betroffen. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit ist daher
393 notwendiger denn je. DIE LINKE ist DIE soziale Kraft in Sachsen. Die Verbesserung sozialer
394 Lebenslagen und mehr Rechte für die Betroffenen sind für uns vor dem Hintergrund der
395 zugespitzten Situation die wichtigste Aufgabe. Solidarität und Selbstbestimmung sind dabei die
396 Grundsätze linker Sozialpolitik. Soziale Sicherheit ist Bedingung für ein selbstbestimmtes
397 Leben. Deshalb streiten wir für ein Sachsen, in dem jeder Mensch frei von sozialen Ängsten
398 leben kann und für einen solidarischen Ausgleich in der Gesellschaft. Neben der Bekämpfung
399 von Armut geht es uns auch um die Stärkung sozialer Rechte. Wir wollen einen sozialen
400 Rechtsstaat. Wir streiten für eine gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben.
401 Jeder Mensch muss das Recht auf eine selbstbestimmte Lebensführung haben.

402

403 2.2. Aktiv Armut bekämpfen

404

405 Die Bekämpfung von Armut ist eine der größten Herausforderungen für Sachsen. Hartz IV,
406 Massenarbeitslosigkeit, stagnierende Löhne und Mini-Jobs haben viele Menschen in Armut
407 gebracht. Die Anzahl von alten Menschen, die in Armut leben müssen, wird in den kommenden
408 Jahren dramatisch ansteigen. Dieser Entwicklung stellt sich DIE LINKE mit aller Kraft
409 entgegen. Sachsen braucht endlich eine engagierte, aktive Politik gegen Armut! Sachsen ist eines
410 der Länder mit der höchsten Kinderarmut in Deutschland. Das ist beschämend. Kein Kind soll in
411 Armut leben. DIE LINKE wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Regelsätze für
412 Kinder von Hartz IV-Bezieherinnen und Beziehern erhöht und neu berechnet werden. Das Ziel
413 ist eine armutsfeste Kindergrundsicherung. Aber auch in Sachsen können wir einiges tun, um die
414 Folgen von Kinderarmut zu bekämpfen: Als einen ersten Schritt wollen wir erreichen, dass das
415 Kindergeld nicht auf Hartz IV angerechnet werden darf. Die Einführung eines kostenlosen

416 Mittagessens für alle Kinder, der Lernmittelfreiheit und die schrittweise Einführung eines
417 gebührenfreien Kita-Besuchs sind wichtige Schritte, um jedem Kind in Sachsen die gleichen
418 Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten.

419 Mit der Einführung regionaler Sozialtickets für den ÖPNV wollen wir auch Menschen mit
420 geringem oder ohne Einkommen Mobilität ermöglichen.

421

422 2.3. Alternativen zu Hartz IV entwickeln

423

424 DIE LINKE bleibt dabei: Hartz IV muss weg. Wir wollen die Hartz-Gesetze mit einer
425 bedarfsdeckenden sozialen Mindestsicherung überwinden. Denn sie haben nicht mehr
426 Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit gebracht, sondern zur Verarmung und Ausgrenzung
427 geführt. Die buchstäblichen „Ein-Euro-Jobs“ und die Konstruktion „Bedarfsgemeinschaft“ mit
428 all ihren Abhängigkeiten bedeuten darüber hinaus eine Demütigung von Langzeitarbeitslosen,
429 insbesondere betroffenen Ehe- und Lebenspartnern sowie jungen Erwachsenen bis 25 Jahre.

430 Sachsen muss gegenüber dem Bund größtmöglichen Druck zur Abschaffung der Hartz-Gesetze
431 ausüben.

432 Eine verlängerte Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und eine deutliche Erhöhung der Regelsätze
433 sind erste Schritte hin zu einer repressionsfreien, bedarfsdeckenden sozialen Mindestsicherung,
434 die nicht vom Einkommen des Partners oder der Partnerin abhängt. Wir wollen außerdem eine
435 deutliche Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge für Hartz IV-Bezieherinnen und Bezieher.

436 Auf Landesebene wird DIE LINKE alles daran setzen, den vorhandenen Spielraum zur

437 Verbesserung der Lebenssituation von Hartz IV-Bezieherinnen und Beziehern zu nutzen.

438 Mit der Festlegung der Minimalanforderung für den Wohnraum wollen wir Zwangsumzüge

439 wann immer es geht vermeiden. Wir setzen uns für höhere Richtwerte bei den Kosten der

440 Unterkunft und für einen gerechten Sozillastenausgleich ein, damit Kommunen mit einem

441 hohen Anteil von Hartz IV-Bezieherinnen und Beziehern nicht benachteiligt werden. Wir wollen

442 eine entsprechende Änderung des Finanzausgleichgesetzes und des Landesausführungsgesetzes

443 zum Sozialgesetzbuch durchsetzen.

444 Wir wollen eine bessere Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in offene Stellen. Die teilweise

445 gravierenden Personalnotstände in ARGEn und Optionskommunen gehen zu Lasten der

446 Erwerbslosen und müssen daher abgebaut werden. Wir wollen, dass Betroffene in den ARGEn

447 nicht gegängelt, sondern kostenlos und umfangreich beraten werden. Wir setzen uns für einen

448 besseren Datenschutz für Hartz IV-Bezieherinnen und Bezieher ein. DIE LINKE leistet

449 entschieden Widerstand gegen die Einschränkungen der Prozesskostenhilfe oder andere

450 Versuche, die Rechte von Erwerbslosen auf Beratung, faire Behandlung und einen
451 Rechtsbeistand zu beschneiden.

452

453 2.4. Würdevolles Leben im Alter

454

455 Auch Seniorinnen und Senioren in Ostdeutschland sind zunehmend von Altersarmut betroffen.

456 Schuld daran sind gebrochene Erwerbsbiographien nach der Wende.

457 Rentnerinnen und Rentner haben ein Recht darauf, in finanzieller Sicherheit zu leben. DIE

458 LINKE streitet daher für Rentengerechtigkeit. Wir setzen uns für die Angleichung der

459 Rentenwerte Ost an West bis zum Jahr 2012 und die Erhöhung der Rentenversicherung für Hartz

460 IV-Bezieherinnen und Bezieher sowie für die Rücknahme des Renteneintrittsalters 67 auf

461 Bundesebene ein. Wir wollen Rentengerechtigkeit für Frauen unter anderem durch Anrechnung

462 von Betreuungszeiten sowie eine finanzielle Gleichstellung der Frauen, die nach DDR-Recht

463 geschieden sind, herstellen.

464

465 Die Potentiale älterer Menschen werden immer noch unterschätzt. Seniorinnen und Senioren

466 wollen sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen. DIE LINKE unterstützt einen

467 gewandelten Blick auf das Alter und die Wünsche älterer Menschen, sich in der Gesellschaft als

468 vollwertige Mitglieder einzubringen und ihre Erfahrungen weiter zu geben.

469 Altersdiskriminierung lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Mit einem

470 Seniorenmitwirkungsgesetz wollen wir die Beteiligung älterer Menschen gesetzlich verankern

471 und ihnen z. B. durch Seniorenbeiräte mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten geben.

472 Der Bedarf in der Altenpflege wird weiter steigen. Wir setzen dabei auf die Förderung

473 generationsübergreifender Wohnprojekte und einen Ausbau des Betreuten Wohnens mit

474 gesundheits- und pflegespezifischer Infrastruktur, die ein selbstbestimmtes Leben auch im hohen

475 Alter ermöglicht.

476 Insbesondere ältere Menschen leisten mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement einen wichtigen

477 Beitrag für unser Gemeinwesen. Dies verdient auch die finanzielle Unterstützung des Landes.

478

479

480 2.5. Kinder- und Jugendhilfe stärken

481

482 Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Deshalb wollen wir Sachsen zu einem kinder- und
483 jugendfreundlichen Land machen. Viele Kindereinrichtungen und Jugendclubs wurden in den
484 vergangenen Jahren geschlossen. Das Angebot für Kinder und Jugendliche gerade im ländlichen
485 Raum ist ausgedünnt. Kinder und Jugendliche haben in vielen Orten keinen Anlaufpunkt mehr,
486 um sich zu treffen und auszutauschen. Dies ist keine Einladung, in ländlichen Räumen zu
487 bleiben. Deshalb muss die Kinder- und Jugendhilfe endlich wieder auf eine sichere finanzielle
488 Grundlage gestellt werden. Die Jugendpauschale des Landes an die Kommunen muss erhöht
489 werden, um die Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe einschließlich einer ausreichenden
490 personellen Besetzung durch pädagogische Fachkräfte auf kommunaler Ebene vor allem vor
491 dem Hintergrund abnehmender Kinderzahlen zu erhalten. Eine bessere finanzielle Ausstattung
492 der Jugendhilfe ist auch Voraussetzung dafür, dass Jugendarbeit kontinuierlich und qualitativ
493 hochwertig über mehrjährige Verträge sichergestellt werden kann. Soziokulturelle und
494 demokratisch orientierte Jugendzentren wollen wir in allen Landkreisen wohnortnah erhalten
495 oder schaffen. Angebote für Kinder und Jugendliche sollten nach Möglichkeit immer
496 gebührenfrei sein.

497 Kinder und Jugendliche haben Rechte. Wir wollen sie stärken. Ob zu Hause, in der Schule, im
498 Ausbildungsbetrieb oder in der Kommune: Kinder und Jugendliche müssen an Entscheidungen
499 beteiligt werden und die Erfahrung machen können, dass sie ihre Welt und ihren Alltag mit
500 gestalten können. Lebendige Demokratie muss von Anfang an erlebbar sein und von
501 Kindesbeinen an gelernt werden. Deshalb wollen wir die Rechte von Kindern und Jugendlichen
502 ausweiten und in einem umfassenden Jugendmitbestimmungsgesetz verankern. Darüber hinaus
503 wollen wir Jugendparlamente einrichten, die in kinder- und jugendrelevanten Fragen
504 mitentscheiden sollen.

505

506 2.6. Flächendeckende Gesundheitsversorgung sicherstellen

507

508 Eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und öffentliche gesundheitliche Versorgung ist
509 unser Ziel. Der Ärztemangel stellt schon heute für viele Menschen ein großes Problem dar.
510 Lange Fahrtzeiten zum nächsten Arzt gehören in ländlichen Regionen bereits zur Normalität.
511 Mit der Pensionierung von Ärztinnen und Ärzten auf dem Land wird sich dieses Problem weiter
512 verschärfen. Selbst in Großstädten sind monatelange Wartezeiten bei Fachärzten keine
513 Seltenheit. DIE LINKE will eine qualitativ hohe ärztliche Versorgung flächendeckend

514 sicherstellen. Medizinische Versorgungszentren (Polikliniken) als Zusammenschluss
515 verschiedener Fachärzte sind ein wichtiges Instrument, um die medizinische Versorgung im
516 ländlichen Raum mit abzudecken. Außerdem setzen wir uns für den langfristigen Aufbau eines
517 mobilen Hausarztendienstes ein. Damit kann auch eine bessere Verzahnung von ambulanter und
518 stationärer Versorgung sichergestellt werden. Gut ausgebildete Gemeindeschwestern und
519 Gemeindekrankenpfleger sind wichtig, um die Versorgung von Patientinnen und Patienten
520 sicherzustellen. Sachsen bleibt hier weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Wir wollen
521 angehenden Medizinerinnen und Mediziner durch Stipendien und Darlehen die Übernahme
522 einer Praxis attraktiv machen. Auch die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes kann
523 einen Beitrag zur Sicherstellung qualitativ hochwertiger ärztlicher Versorgung leisten. Mit einer
524 neuen gesetzlichen Grundlage können wir hier auch den zukünftigen Anforderungen an den
525 gesundheitlichen Verbraucherschutz gerecht werden.

526 Die letzten Gesundheitsreformen haben zur Verschlechterung für Patientinnen und Patienten
527 geführt. Gerade in Sachsen bedeutet dies höhere Kassenbeiträge für die meisten Menschen. Eine
528 Gesundheitsreform, die ihren Namen verdient, steht auf Bundesebene noch aus. Die
529 Abschaffung der Praxisgebühr und die Stärkung von Prävention sind wichtige Schritte. Ebenso
530 die Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheits- und Pflegebereich, in die auch
531 Besserverdienende und Beamte einzahlen müssen und alle Einkommensarten berücksichtigt
532 werden. Es bleibt langfristig unser Ziel, eine Einheitskasse zu schaffen und die
533 Beitragsbemessungsgrenze abzuschaffen, um das bestehende Zwei-Klassen-System im
534 Gesundheitsbereich zu überwinden.

535 In einem Landespflegegesetz wollen wir eine Bedarfsplanung des Landes und die Einrichtung
536 von unabhängigen Pflegestützpunkten durchsetzen. Eine bessere Bezahlung des Pflegepersonals
537 und ein größerer Einsatz von Fachkräften in diesem Bereich gehören genauso dazu wie
538 regelmäßige und unabhängige Kontrollen der Pflegeeinrichtungen.

539

540 2.7. Gleichstellung ermöglichen

541

542 Gleiche Teilhabemöglichkeiten und eine echte Gleichstellung aller Menschen sind in Sachsen
543 nicht verwirklicht. Die sächsische Politik unter der Ägide der CDU hat viel zu wenig dafür
544 getan, die anhaltende Diskriminierung von älteren Menschen, Menschen mit Beeinträchtigung,
545 Lesben und Schwulen, Menschen mit Migrationshintergrund und anderer diskriminierter
546 Gruppen zu bekämpfen. Das Land ist in der Pflicht, mit einer aktiven Förder- und

547 Antidiskriminierungspolitik dafür zu sorgen, dass alle Menschen das gleiche Recht auf Teilhabe
548 am gesellschaftlichen Leben haben.

549 DIE LINKE. Sachsen fordert die Mit- und Selbstbestimmung der sorbischen Bürgerinnen und
550 Bürger bei der Gestaltung ihrer Angelegenheiten, so wie es europäischer Standard geworden ist.
551 Es muss in Zukunft gewährleistet werden, dass weder in der Politik noch durch die Wirtschaft
552 etwas gegen die erklärten Lebensinteressen des sorbischen Volkes unternommen wird.

553 Von einer wirklichen Gleichstellung der Geschlechter sind wir noch immer weit entfernt. Frauen
554 verdienen auch in Sachsen weniger als Männer, sie sind nach wie vor völlig unterrepräsentiert in
555 den Führungsetagen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Bei allen Fortschritten bei der
556 Emanzipation von Frauen, hat sich ihre soziale Situation eher verschlechtert. Bereits erlangte
557 Fortschritte – etwa den hohen Anteil von Frauen in technischen Berufen – wurden durch
558 konservative Politik zunichte gemacht.

559 Zu moderner Gleichstellungspolitik gehört es, die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit von
560 Frauen und Männern mit der Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen
561 Familienangehörigen zu unterstützen.

562

563 Mit einem modernen Gleichstellungsgesetz wollen wir den öffentlichen Dienst in Sachsen in die
564 Vorreiterrolle bringen, die Gleichstellung der Geschlechter aktiv zu befördern. DIE LINKE
565 verfolgt das Ziel, dass Professuren und Leitungsfunktionen in öffentlichen Unternehmen zur
566 Hälfte von Frauen besetzt werden.

567 Viele Möglichkeiten, häusliche Gewalt zu begrenzen, bleiben vertan: Durch eine bessere
568 Prävention und eine schnellere Intervention wäre manches getan. Wir wollen die Finanzierung
569 von Frauenschutzhäusern, Interventionsstellen und Täterberatungen sowie der Einrichtungen zur
570 Bekämpfung von Menschenhandel und Grenzprostitution sicherstellen. Den Opfern von
571 häuslicher Gewalt müssen flächendeckend Unterstützungsangebote zur Verfügung stehen.

572 Sachsen sollte ein Kompetenzzentrum für Geschlechterpolitik einrichten, um z.B. Unternehmen,
573 Kommunen und Verwaltungen in Gleichstellungsfragen zu beraten.

574

575

576 2.8. Vielfalt statt Diskriminierungen

577

578 Minderheiten und marginalisierte Gruppen müssen nicht nur vor Diskriminierung geschützt,
579 sondern bei der Vertretung ihrer Rechte und in ihrer Beteiligung am gesellschaftlichen Leben
580 unterstützt werden. Sachsen braucht endlich ein Antidiskriminierungsgesetz, in dem auch ein
581 Verbandsklagerecht für Betroffenenverbände festgeschrieben wird. Auch eine gute finanzielle
582 und organisatorische Unterstützung der Selbstorganisation insbesondere von Frauen,
583 Seniorinnen und Senioren, Lesben und Schwulen, Sorbinnen und Sorben, Migrantinnen und
584 Migranten und Menschen mit Beeinträchtigung stärken ihre Rechte.

585 Barrierefreiheit muss Leitmotiv einer linken Antidiskriminierungspolitik sein. Sie muss in allen
586 gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere bei Bau- und Verkehrsvorhaben berücksichtigt
587 werden. Die barrierefreie Gestaltung des ÖPNV, der sicheren Finanzierung der
588 Behindertenverbände und ein Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Beeinträchtigung
589 sind wesentliche Instrumente.

590 Eingetragene Lebenspartnerschaften müssen endlich mit der Ehe gleichgestellt und konsequent
591 ins Landesrecht übernommen werden. Die Diskriminierung von Lesben und Schwulen muss
592 bekämpft werden, z.B. durch mehr Aufklärungsarbeit an Schulen.

593 DIE LINKE will nicht nur eine bessere Versorgung sozial Benachteiligter sicherstellen. Wir
594 fordern eine Stärkung ihrer sozialen Rechte. Betroffene müssen endlich zu Beteiligten werden.
595 Die Stärkung der Rechte von Patientinnen und Patienten sowie von pflegebedürftigen Menschen
596 sind dazu ganz wichtige Schritte, die auch gesetzlich verankert werden müssen. Eine verbesserte
597 Heimaufsicht mit unabhängigen Qualitätskontrollen von Pflegeheimen gehört unbedingt dazu.

598 DIE LINKE steht für ein friedliches Zusammenleben von Menschen mit und ohne
599 Migrationshintergrund und für eine gezielte Integration der Zugewanderten. Sachsen ist
600 historisch ein Einwanderungsland. Diese Tradition der Weltoffenheit und Toleranz wollen wir
601 gegen neofaschistische und rassistische Tendenzen verteidigen. Wir treten für eine dezentrale
602 und menschenwürdige Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern ein. Das
603 Chipkartensystem wollen wir durch Bargeldversorgung ersetzen. Die Residenzpflicht im
604 Landkreis lehnen wir ab.

605 Sachsen braucht ein Integrationskonzept, das Migrantinnen und Migranten eine Integration
606 erleichtert, ohne dass sie auf ihre kulturellen Wurzeln verzichten müssen. Ein kostenloses und
607 ausreichendes Angebot von Deutschkursen ist dafür unverzichtbar, ebenso wie eine gezielte
608 Integration an Kitas und Schulen, auch für die Kinder von Asylbewerberinnen und
609 Asylbewerbern.

610
611 2.9. Familienfreundliches Sachsen
612
613 Sachsen braucht endlich eine moderne Familienpolitik. Zu lange hat die CDU konservative
614 Wertvorstellungen zum Leitbild erhoben, welche an der Lebensrealität der Menschen und an
615 ihren Problemen vorbei gingen. Eine linke Familienpolitik eröffnet jedem Kind die gleichen
616 Chancen. Sie orientiert sich am Leitbild berufstätiger Eltern und der geteilten
617 Erziehungsverantwortung für Männer und Frauen. Wir erkennen die Gleichwertigkeit aller
618 Lebensentwürfe und Familienformen an und bewerten keine/n davon als besser oder schlechter.
619 DIE LINKE orientiert sich an den realen Problemlagen von Kindern und ihren Eltern. Wir
620 wollen ein familienfreundliches Sachsen.
621 Insbesondere viele Alleinerziehende und viele kinderreiche Familien leben in Armut. Sie müssen
622 besser unterstützt werden: Finanziell und durch Hilfe in ihrer Alltagsorganisation. Eine Initiative
623 für familienfreundliche Arbeitszeiten, für mehr Familienfreundlichkeit in den Betrieben bzw.
624 längere und flexible Öffnungszeiten von Kitas, die auch Eltern mit ungewöhnlichen
625 Arbeitszeiten eine Betreuung ihrer Kinder ermöglichen, wären wichtige Schritte, um Eltern zu
626 unterstützen.
627 Das Elterngeld in seiner bisherigen Ausgestaltung hilft Geringverdienern und Erwerbslosen
628 leider nicht weiter. Wir fordern daher die Anhebung des Sockelbetrages beim Elterngeld, damit
629 auch Menschen mit niedrigem Einkommen etwas davon haben. Auch das Landeserziehungsgeld
630 muss umgestaltet werden. Es darf nicht länger die Berufstätigkeit von Müttern ausschließen.
631 Wir wollen den Rechtsanspruch auf den ganztägigen Besuch einer Kindertagesstätte für jedes
632 Kind endlich durchsetzen. Die Sachsen können stolz darauf sein, dass wir das aus der DDR
633 übernommene gute Netz an Kitas gegen alle Versuche der Konservativen verteidigt haben, das
634 öffentliche Kitasystem zu demontieren. Trotzdem ist die Betreuungsquote für Krippenkinder
635 heute niedriger als in anderen ostdeutschen Ländern. Insbesondere in den Großstädten reicht das
636 Angebot an Krippenplätzen nicht aus. Wir wollen den durch Zugangskriterien verursachten
637 vollständigen oder teilweisen Ausschluss von Kindern aus Kitas beenden und eine wohnortnahe
638 Versorgung mit Kindertagesstätten sicherstellen. Außerdem müssen Kindertagesstätten als
639 Bildungseinrichtungen schrittweise gebührenfrei werden. Deshalb muss das Land Sachsen sich
640 stärker an der Finanzierung von Kitas beteiligen. Nur dadurch kann auch der Investitionsstau im
641 Kita-Bereich gestoppt werden.

642 2.10. Soziale Daseinsvorsorge sicherstellen

643

644 Sachsen ist trauriger Vorreiter bei der Privatisierung von Einrichtungen der öffentlichen
645 Daseinsvorsorge. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wurden massiv in private
646 Trägerschaft überführt. Die Finanznot der Kommunen oder eine angeblich bessere Effektivität in
647 der Arbeitsorganisation waren und sind mancherorts noch immer die Argumente. DIE LINKE
648 wendet sich gegen die Privatisierung der Daseinsvorsorge im Gesundheits- und Sozialwesen, in
649 der Bildung und in der Energieversorgung. Öffentliche Aufgaben müssen von öffentlicher Hand
650 geführt werden! Kommunen oder freie Träger kommen dafür in Frage. Es ist ein unhaltbarer
651 Zustand, dass sich Private rentable Sahnestückchen herauschneiden, während die öffentliche
652 Hand auf den Aufgaben sitzen bleibt, die zur Versorgung dringend nötig sind, aber keinen Profit
653 abwerfen. Deshalb wollen wir insbesondere Krankenhäuser in öffentlicher Hand belassen und
654 durch eine bessere Finanzierung der Häuser für ihre ökonomische Stabilität sorgen.
655
656 Öffentliche Daseinsvorsorge heißt für uns auch, die Feuerwehren und Rettungsdienste so zu
657 stärken und auszubauen, dass sie ihrer Aufgabenerfüllung im ganzen Land nachkommen
658 können. Parallel dazu müssen das Ehrenamt und die Nachwuchsarbeit in diesen Bereichen
659 stärker gewürdigt und neben der Ausübung eines Berufes ermöglicht werden.
660 DIE LINKE. Sachsen wird alles daran setzen, auch kommunale Wohnungsbaugesellschaften zu
661 unterstützen, um die weitere Privatisierung von Wohnungen zu verhindern. DIE LINKE.
662 Sachsen will eine sichere Finanzierung der Sozialverbände, von Vereinen und sozialen
663 Initiativen, wie z.B. den Tafeln. Diese leisten eine wichtige Arbeit für die sozial Schwachen in
664 unserer Gesellschaft.
665

666 3. Bildung und Kultur für alle und überall

667 3.1. In Bildung, Wissenschaft, Kultur investieren

668
669 Bildung ist für uns der ganzheitlich orientierte Erwerb von Werten, Wissen und Fähigkeiten und
670 nicht am Markt ausgerichtete Wissensvermittlung. Deshalb sind trotz aller Fortschritte und
671 Erfolge wie dem erfolgreichen Abschneiden Sachsens bei bundesweiten Schultests, weitere
672 gezielte Veränderungen in der sächsischen Bildungspolitik notwendig. Noch zu viele Kinder und
673 Jugendliche bleiben außen vor. Wir wollen jedes Kind mit seinen Begabungen in den
674 Mittelpunkt stellen und individuelle Förderung und eigenständige Entwicklungen ermöglichen.
675 Verstärkte Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Forschung halten wir für
676 unerlässlich. Einer weiteren Kommerzialisierung und Privatisierung der sächsischen
677 Bildungslandschaft werden wir entgegenwirken.

678

679 3.2. Bildung ist keine Ware, sondern Persönlichkeitsentwicklung

680

681 Bildung beginnt für uns mit der Geburt und mündet nach Schule, Ausbildung und Hochschule in
682 der Möglichkeit lebenslangen Lernens. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, setzen wir uns
683 für gerechte Teilhabemöglichkeiten und einen in jeder Hinsicht barrierefreien Zugang zu
684 Bildung und kulturellem Austausch ein. Reformen im vorschulischen und schulischen sowie im
685 Hochschulbereich müssen miteinander vernetzt werden.

686

687 3.3. Teilhabe an Bildung von Anfang an

688

689 Um allen Kindern in Sachsen gleiche Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zu gewähren,
690 setzen wir uns für einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz in einer
691 wohnortnahen Krippe oder Kindertagesstätte ab dem ersten Lebensjahr ein. Damit wollen wir
692 auch die Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben oder Ausbildung fördern. Statt des
693 Feigenblattes eines kostenfreien Vorschuljahres sind für uns die Senkung des
694 Betreuungsschlüssels, der Rechtsanspruch auf Betreuung, die schrittweise Gebührenfreiheit aller
695 Kita-Plätze in Sachsen und das kostenfreie Mittagessen grundlegende Voraussetzungen für die
696 gerechte Teilhabe an vorschulischer Bildung. Für eine hochwertige Elementarpädagogik und die
697 Umsetzung des Sächsischen Bildungsplanes halten wir mehrere Faktoren für unerlässlich: die
698 Senkung des Betreuungsschlüssels im Sächsischen Kita - Gesetz, die finanzielle Stärkung der
699 Städte und Gemeinden mit Mitteln des Landeshaushaltes zur Beschäftigung von mehr

700 Fachpersonal in sächsischen Kindertageseinrichtungen, die Aufwertung des
701 Erzieherinnenberufes durch die Einführung der Erzieherinnenausbildung als Studium an
702 Sachsens Hochschulen und eine gerechtere Entlohnung als Pädagoginnen und Pädagogen.

703

704 3.4. Längeres gemeinsames Lernen

705

706 Wir wollen eine Schule für alle! Die Überwindung des mehrgliedrigen, sozial und kulturell
707 auslesenden sächsischen Schulsystems bleibt eines unserer wichtigsten Ziele. Die solidarisch
708 und gesellschaftlich gerechte Förderung unterschiedlich begabter Schülerinnen und Schüler kann
709 aus unserer Sicht nur auf dem Weg des längeren gemeinsamen Lernens bis zur Klassenstufe 10
710 gelingen. Deshalb streben wir die flächendeckende Einrichtung von Gemeinschaftsschulen an.
711 Den Übergang zum Erwerb der Hochschulreife wollen wir mittels einer Differenzierung ab
712 Klasse 9 gestalten, auch mit dem Ziel einer Erhöhung der Abiturquote.

713

714 3.5. Schulische Bildung verbessern

715

716 Die Qualität der schulischen Bildung wollen wir durch mehrere konkrete Maßnahmen
717 verbessern: Um eine bessere individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler zu erreichen,
718 müssen Klassen- und Kursteiler abgesenkt und damit Klassen und Kurse verkleinert werden.
719 Damit verbunden wollen wir außerdem die erhöhte und unbefristete Neueinstellung von
720 Lehrpersonal sowie die Aufhebung der „Zwangsteilzeitarbeit“ für Lehrerinnen und Lehrer aller
721 Schularten, Voll- und Teilzeitbeschäftigung muss möglich sein. Außerdem wollen wir den
722 Schulen ein Mitspracherecht bei der Auswahl des pädagogischen Personals erteilen. Für
723 sächsische Absolventinnen und Absolventen der Lehramtsstudiengänge wollen wir ausreichend
724 Referendariatsplätze zur Verfügung stellen.

725 Qualitativ hochwertige Bildung fängt bei der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern an,
726 Fachwissen allein genügt nicht. Deshalb wollen wir die Lehramtsausbildung an sächsischen
727 Hochschulen und die Weiterbildung qualifizieren.

728 Nur mit genügend qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern ist aus unserer Sicht ein sinnvoller
729 Abbau der Ausfallstunden möglich. Die pädagogische Arbeit des Lehrpersonals soll darüber
730 hinaus durch Stärkung der Schulsozialarbeit und die Beschäftigung von Schulpsychologen an
731 allen Schulen ergänzt werden.

732 Die „eine Schule für alle“ ist eine demokratische Schule. Die Rechte von Schülerinnen und
733 Schülern, Lehrerinnen und Lehrern und den Eltern sollen gestärkt werden

734

735 3.6. Wohnortnahe Gemeinschaftsschulen einrichten

736

737 Schulen sind für uns nicht nur Orte des Lernens, sondern auch soziale und kulturelle

738 Einrichtungen und Orte der Identifikation in einem Gemeinwesen. Deshalb setzt sich DIE

739 LINKE. Sachsen für wohnortnahe Schulen, vor allem auch im ländlichen Raum, ein. Die

740 Einzigkeit von Schulen muss in Sachsen grundsätzlich möglich sein.

741 Langfristig werden wir auf die Einrichtung von Oberstufenzentren hinwirken, um angesichts der

742 negativen demographischen Entwicklung eine Vielfalt an Abschlüssen auch im ländlichen Raum

743 wohnortnah zu ermöglichen. Die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen verbunden mit der

744 Regionalisierung der Schulnetzplanung durch die Landkreise und kreisfreien Städte sehen wir

745 als Voraussetzung für den Erhalt eines flächendeckenden Schulnetzes. Schulschließungen sind

746 für uns keine Lösung.

747

748 3.7. Kommunale Schulen mit pädagogischer Vielfalt

749

750 Wir wollen die kommunalen Schulen stärken und einer weiteren Kommerzialisierung der

751 Bildung und damit erhöhter sozialer Auslese der Schülerinnen und Schüler entgegenwirken.

752 Voraussetzung dafür ist aus unserer Sicht, dass die inhaltliche Vielfalt der Bildungskonzepte an

753 kommunalen Schulen erhöht und reformpädagogische Ansätze verstärkt Aufnahme finden. Um

754 den individuellen Lernfortschritten der Kinder und Jugendlichen Rechnung zu tragen, wollen wir

755 dem Lernen ohne Stress und Leistungsdruck mehr Raum geben. Der individuelle Lernfortschritt

756 muss auch Gegenstand der Bewertung sein. Insbesondere in musischen und künstlerischen

757 Fächern sowie Sport wollen wir auf die Vergabe von Noten verzichten.

758 Die vorhandenen, bislang unzureichenden Ansätze an schulischen Ganztagsangeboten wollen

759 wir zu Ganztagschulen entwickeln, insbesondere durch eine ernsthafte Umstrukturierung der

760 Unterrichtszeiten und eine gezieltere Zusammenarbeit der Schulen mit öffentlichen und freien

761 Bildungs- und Kulturträgern sowie Sportvereinen. Das beinhaltet auch höhere Stundenhonorare

762 für die freien Träger, als dies gegenwärtig Praxis ist.

763 Werbe- bzw. Informationsveranstaltungen der Bundeswehr haben an Schulen in Sachsen keine

764 Berechtigung. Dafür wollen wir, dass sich Feuerwehr und Katastrophenschutz präsentieren, um

765 ihrerseits Nachwuchs für das in Kommunen wichtige Ehrenamt zu gewinnen.

766

767 3.8. Sorbische Schulen

768

769 Schule als Ort kultureller Identifikation bedeutet für uns auch, die Bildungsautonomie des
770 sorbischen Volkes zu stärken und die Pflege der sorbischen Sprache und Kultur an sächsischen
771 Bildungseinrichtungen zu gewährleisten und besonders zu fördern. Ein intaktes Netz sorbischer
772 Schulen und Kitas ist dafür eine Grundvoraussetzung. Die Schließung sorbischer Mittelschulen
773 ist bei entsprechend artikuliertem Bedarf der Sorben rückgängig zu machen. Der
774 Schülertransport zu den sorbischen Schulen ist umfassend sicher zu stellen. Die Gefährdung der
775 sorbischen Sprache muss durch ein umfangreiches, über den Vorschul- und Schulbereich
776 hinausgehendes Programm des Freistaates Sachsen gestoppt werden.

777

778 3.9. Kostenfreiheit für Schülerinnen- und Schülerbeförderung und Lernmittel

779

780 Bildung ist eine Voraussetzung für soziale und kulturelle Teilhabe, deshalb müssen aus unserer
781 Sicht alle Lernmittel wirklich kostenfrei sein und Familien dürfen nicht mit Zusatzausgaben
782 belastet werden. Wir treten langfristig für ein kostenloses ÖPNV-Ticket für alle Schülerinnen
783 und Schüler und in einem ersten Schritt für die Abschaffung der Elternbeiträge zur
784 Schülerbeförderung ein. Kindern und Jugendlichen aus einkommensarmen Familien müssen die
785 Teilnehmerbeiträge für Klassenfahrten, Werkstattwochen und Sprachreisen im Rahmen des
786 Schulunterrichts vollständig finanziert werden.

787

788 3.10. Außerschulische Jugendbildung stärken

789

790 Außerschulische Bildung für Kinder und Jugendliche, das heißt außerhalb des schulischen
791 Lehrplanes, soll in Zukunft einen größeren Stellenwert erhalten. Deshalb müssen freie Träger
792 der Jugendhilfe, in der Kultur, im Sport wie auch die Jugendfeuerwehren, die Kinder- und
793 Jugendarbeit leisten, besondere Unterstützung erfahren. Wir treten für die existenzielle
794 Sicherung und eine Mehrjahresförderung der landesweiten Jugendverbände sowie der Kreis- und
795 Stadtjugendringe ein. Besonders wollen wir die Internationale Jugendbegegnung sowie Projekte
796 der Gewalt- und Rechtsextremismus-Prävention fördern.

797

798 3.11. Berufliche Bildung für alle und vor Ort

799

800 Der berufliche Anschluss an den Abschluss der Schule muss für alle Jugendlichen gewährleistet
801 sein, deshalb tritt DIE LINKE. Sachsen für öffentlich gesicherte Ausbildungsplätze für alle

802 Schulabgängerinnen und Schulabgänger ein, die eine Ausbildung beginnen wollen. Damit ist aus
803 unserer Sicht eine Erhöhung der Ausbildungsplätze in öffentlichen Einrichtungen, der Ausbau
804 der Berufsschulzentren und öffentlicher Ausbildungsträger verbunden, um der
805 Kommerzialisierung der beruflichen Bildung entgegenzuwirken, die Familienbudgets zusätzlich
806 belastet. Der Erhalt und die Verbesserung des dualen Berufsausbildungssystems sind für uns
807 unerlässlich. Darüber hinaus muss eine Berufsausbildung mit Abitur wieder möglich sein und
808 der Übergang von Berufsausbildung zum Studium vereinfacht werden. Berufswahl und
809 Berufsausbildung können aus unserer Sicht nur erfolgreich sein, wenn ihnen bereits zu
810 Schulzeiten eine differenzierte Berufs- und Studienberatung vorangeht. Wir wollen diese zum
811 Beispiel durch eine gezielte Berufsorientierung ab Klasse 7 und durch Praxistage in
812 Unternehmen stärken.

813

814 3.12. Lebenslanges Lernen unterstützen

815

816 Lebenslanges Lernen bedarf heute und in Zukunft einer besonderen Förderung. Diesem Bedarf
817 will DIE LINKE. Sachsen unter anderem mit einer existenziellen und flächendeckenden
818 Sicherung der Volkshochschulen und des zweiten Bildungsweges, mit der gesetzlichen
819 Verankerung von fünf bezahlten Bildungstagen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in
820 Sachsen sowie mit einer Modularisierung der beruflichen Weiterbildung zu
821 berufsqualifizierenden Abschlüssen gerecht werden. Außerdem werden wir uns für einen
822 Anspruch auf Bildungstage für die politische und kulturelle Bildung einsetzen.

823

824 3.13. Gebührenfreies Studieren bis zum Master

825

826 Studieren in Sachsen soll aus unserer Sicht attraktiver für alle Bevölkerungsgruppen und damit
827 die Bildungsbeteiligung ausgeweitet werden. Wesentliche Elemente des Bologna-Prozesses an
828 Sachsens Hochschulen betrachten wir kritisch und werden darauf hinwirken, dass das Studieren
829 bis zum Master ohne Zugangsbeschränkung für alle Studierenden möglich wird. Studieren muss
830 kostenfrei bleiben.

831 Neben den Schulabgängerinnen und Schulabgängern sollen die Hochschulen insbesondere auch
832 Berufstätigen und Eltern im Rahmen beruflicher Weiterbildung offen stehen. Eine Ausweitung
833 der Bildungsbeteiligung wollen wir durch eine Erleichterung des Hochschulzugangs für
834 Berufstätige ohne Abitur erreichen, z.B. für Menschen mit mehrjähriger Berufserfahrung, mit

835 einem Meisterabschluss und Menschen ohne formelle Studienberechtigung. Damit wollen wir
836 langfristig dem Anspruch an eine breite Hochschulbildung gerecht werden.
837 Sachsens Hochschulen sollen attraktiver für Studienanfängerinnen und Studienanfänger aus
838 anderen Bundesländern und aller Welt sein.
839 Der Abbruch eines Studiums darf aus unserer Sicht nicht negativ sanktioniert, sondern sollte
840 durch eine differenzierte Studienberatung zu Schulzeiten, einen gezielten Beratungsausbau an
841 den Hochschulen mittels Tutorien sowie die Einführung von Orientierungssemestern vermieden
842 werden. Zudem wollen wir die Vereinbarkeit von Studium mit Familie und Beruf stärken, z.B.
843 durch ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder studierender Eltern. Nur mit den
844 Studierenden gemeinsam und nicht gegen sie lässt sich die Zahl der Studienabbrecherinnen und
845 Studienabbrecher verringern. Erfolgreiches Studieren bedarf einer guten sozialen Infrastruktur –
846 angefangen von preiswertem Essen, über Sozial- und psychologischer Beratung bis hin zu
847 günstigem Wohnraum. Auf Bundesebene wird sich DIE LINKE für ein existenzsicherndes und
848 elternunabhängiges Bafög einsetzen.

849

850 3.14. Autonomie und Demokratie der Hochschulen stärken

851

852 Hochschulen müssen kritischer Reflektions- und Resonanzraum der Gesellschaft sein. Das
853 funktioniert nicht innerhalb autoritärer Strukturen, sondern dazu braucht es wirklicher
854 Mitgestaltungsmöglichkeiten für alle Hochschulmitglieder. Die sächsischen Hochschulen mit
855 ihren vielfältigen Studiengängen betrachten wir als wichtige Räume für eine freie und kritische
856 Wissenschaft und Lehre und setzen uns für deren Unabhängigkeit von Markt und Staat auch in
857 Zukunft ein. Damit einhergehend wollen wir die Hochschulen und öffentlichen
858 Forschungseinrichtungen zu wissenschaftlich leistungsfähigen und weltoffenen Einrichtungen
859 weiterentwickeln. Wir treten für eine Erweiterung der Hochschulautonomie bei gleichzeitiger
860 Demokratisierung ein. Das heißt vor allem der Erhalt der sächsischen Hochschulen als
861 „Körperschaften öffentlichen Rechts“. Wir fordern den Rückzug der Staatsregierung aus der
862 fachlichen Detailsteuerung und den Ausbau der Mitbestimmung von Studierenden und des
863 wissenschaftlichen Mittelbaus sowie eine stärkere Selbstverwaltung der Hochschulen und
864 Studentenwerke.

865

866 3.15. Sichere Arbeitsverhältnisse für wissenschaftlichen Nachwuchs

867

868 Um die Qualität des Studiums in Sachsen zu erhöhen setzen wir uns für den gezielten Aufbau
869 eines stabilen wissenschaftlichen Mittelbaus an den Fachhochschulen, die Stärkung des
870 Mittelbaus an den Universitäten sowie für bessere Arbeitsbedingungen der Lehrbeauftragten
871 aller Hochschulen in Bezug auf Bezahlung und Arbeitsverträge ein.
872 Wir brauchen einen Wissenschaftstarifvertrag, in dem die Rechte wissenschaftlicher Hilfskräfte
873 und des akademischen Mittelbaus deutlich gestärkt werden.
874 Dozentinnen und Dozenten haben unter den aktuellen Bedingungen einen erhöhten Betreuungs-
875 und Prüfungsaufwand und sind kaum noch in der Lage, zu forschen. Zum anderen ist die prekäre
876 Situation vieler Dozentinnen und Dozenten nicht tragbar. Überholte beamtenrechtliche
877 Personalkategorien gehören abgeschafft. Die Zahl der befristeten Stellen muss zugunsten
878 unbefristeter reduziert werden. Durch eine verbindliche Quotierung von Stellen, ist eine
879 schrittweise Erhöhung des Frauenanteils in allen Personalkategorien mit dem Ziel der Parität
880 anzustreben. Wir treten für tarifvertragliche Regelungen für studentische Beschäftigte an den
881 Hochschulen ein.

882 Entsprechend europäischer Standards wollen wir bisherige pädagogische und therapeutische
883 Ausbildungsberufe wie Erzieherin, Ergo- und Physiotherapeutin zu regulären Studiengängen an
884 Fachhochschulen aufwerten.

885

886 3.16. Sportförderprogramm entwickeln: Breiten- und Leistungssport unterstützen

887

888 Sport betrachten wir als wichtiges und wesentliches Element der Freizeitbetätigung sowie
889 Gesundheitsförderung aller Generationen. Sport ist ein wichtiger Bestandteil des
890 gesellschaftlichen und persönlichen Lebens. Er ist eine Form der friedlichen Begegnung von
891 Menschen verschiedener Kulturen und dient der Gesundheit und dem Wohlbefinden jeder und
892 jedes Einzelnen. Breitensport und Leistungssport sollen in unserer Sportpolitik den gleichen
893 Rang einnehmen. Die Dominanz der Wirtschaft gegenüber dem Sport lehnen wir ab.
894 Sportvereine und Sportverbände müssen deshalb gestärkt werden, da sie einen Großteil der
895 Nachwuchs- und ehrenamtlichen Arbeit leisten. Jugend- und Nachwuchsarbeit als sinnstiftende
896 Freizeitgestaltung wollen wir besonders unterstützen, vor allem im Hinblick auf die Ausweitung
897 von Ganztagsangeboten und die Stärkung einer demokratischen und friedlichen Fan-Kultur
898 einschließlich sozialpädagogisch betreuter Fan-Projekte. Kinder und Jugendliche wollen wir von
899 den Gebühren für öffentliche Sportstätten befreien.

900 DIE LINKE. Sachsen wird ein Sportfördergesetz mit der Verankerung des Sports als
901 kommunale Pflichtaufgabe vorschlagen, in dem auch die Höhe des jährlichen Zuschusses an den

902 Landessportbund Sachsen verbindlich geregelt wird, um Planungssicherheit für den Sport zu
903 ermöglichen.

904 Darüber hinaus wollen wir auch den vereinsungebundenen Sport fördern und die Teilhabe aller
905 am Sport - unabhängig von Alter, Einkommen und Region – ermöglichen. Deshalb werden wir
906 ein Sportförderprogramm entwickeln, das unter anderem eine Wiedernutzung der Sporthallen
907 und Sportplätze geschlossener Schulen, den Erhalt öffentlicher Frei- und Schwimmbäder sowie
908 die barrierefreie Sanierung lokaler und regionaler Sportstätten beinhalten wird. Dieses
909 Programm bietet außerdem die Chance auf Arbeitsplätze im Öffentlichen Beschäftigungssektor.
910 Schulsport soll aus unserer Sicht in erster Linie der Freude an Bewegung, der Entspannung und
911 Gesundheitserziehung dienen, deshalb muss er vom Leistungsdruck befreit werden. Sportnoten
912 wollen wir darum aus der Erstellung von Bildungsempfehlungen für weiterführende Schulen
913 herauslösen. Für die Durchführung eines regelmäßigen und fachlich abgesicherten Schulsports
914 treten wir für die Einstellung von ausreichend Lehrpersonal ein. Ebenso muss das
915 Schulschwimmen landesweit abgesichert werden und die Kosten für die Bustransfers zu den
916 Schwimmhallen durch das Land Sachsen übernommen werden.

917 Für sportlich besonders begabte Kinder und Jugendliche wollen wir die Einrichtung und den
918 Erhalt von Sportschulen fördern, um schulische Bildung und Leistungstraining in Einklang zu
919 bringen. Olympia-Stützpunkte in Sachsen sollen eine besondere Unterstützung erfahren.

920

921 3.17. Sachsen als Kulturstaat

922

923 Sachsen ist eine bedeutende Kulturregion in Deutschland und Europa, deren vielfältigen
924 Reichtum es nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen gilt. DIE LINKE vertritt das
925 verfassungspolitische Konzept, das Land Sachsen als Kulturstaat auszugestalten und dabei die
926 Teilhabe aller zu ermöglichen. Kultur auf kommunaler und regionaler Ebene erfüllt für uns eine
927 Integrationsfunktion zur Selbstverwirklichung und Identifikation der Menschen, weshalb sie für
928 uns mehr als ein Standortfaktor und Wirtschaftszweig ist und nicht ausschließlich den Zwängen
929 des Marktes unterworfen werden darf.

930

931 3.18. Kulturelle Vielfalt erhalten

932

933 Als LINKE begreifen wir kulturelle Trägervielfalt als unverzichtbare Basis kulturellen
934 Reichtums und engagieren uns gerade deshalb gegen einen Rückzug des Staates aus der
935 Verantwortung für Kunst und Kultur. Kulturelle Vielfalt ist nur im Neben- und Miteinander von

936 öffentlich getragenen, frei gemeinnützigen und privaten Kultureinrichtungen möglich. Diese
937 Vielfalt über den europäischen Horizont hinaus zu erweitern ist eines der Ziele der LINKEN in
938 Sachsen. Kommunale und staatliche Kulturpolitik gewinnt in diesem Zusammenhang an
939 Bedeutung. Sie hat die Aufgabe, auf das Beziehungsgeflecht zwischen öffentlich geförderten
940 Kultureinrichtungen, privaten Unternehmen und frei gemeinnützigen Trägern im Sinne einer
941 kooperativen Kulturpolitik einzuwirken und Rahmenbedingungen für ein vielfältiges, auch
942 dezentral vorhandenes Angebot zu schaffen.

943

944 3.19. Kulturelle Teilhabe ermöglichen

945

946 Die Vielfalt der Museen, Theater, Orchester, Ensembles, Gedenkstätten, Bibliotheken, Schlösser
947 und Gärten, des Film- und Kinowesens und der Bildenden Künste, aber auch der
948 soziokulturellen Einrichtungen und Projekte sowie der Musikschulen und Volkshochschulen gilt
949 es flächendeckend im urbanen wie im ländlichen Raum zu erhalten und weiterzuentwickeln. Aus
950 der Pflichtaufgabe der Kulturpflege durch Landkreise und Gemeinden ergibt sich für uns
951 zugleich die sozialpolitische Verpflichtung einer angemessenen Preisgestaltung in den
952 öffentlichen Kultureinrichtungen auch für Menschen mit geringem Einkommen wie Kinder und
953 Jugendliche, Studierende, Langzeitarbeitslose sowie Seniorinnen und Senioren.
954 Kultur und Kunst und musisch-kulturelle Bildung finden für uns nicht nur in städtischen
955 Ballungszentren und an Touristenmagneten statt, sondern sollen auch im ländlichen Raum und
956 für alle Generationen erreichbar sein. Eine professionelle künstlerische Ausbildung ist in
957 Sachsen an mehreren Hochschulen für Musik, Theater, Tanz und Buchkunst möglich, weshalb
958 diese in ihrer Vielfältigkeit und Individualität erhalten werden müssen, um auch in Zukunft zur
959 Weiterentwicklung der sächsischen Kulturlandschaft beitragen zu können.

960

961 3.20. Öffentliche Kultureinrichtungen stärken

962

963 Wir setzen uns für eine Dynamisierung des kulturellen Finanzrahmens sowohl im Kulturhaushalt
964 des SMWK als auch in der Finanzierung der Kulturräume in den Landkreisen ein, um steigende
965 Personal- und Sachkosten nicht zuungunsten der Qualität auf die Einrichtungen und
966 Kulturschaffenden abzuwälzen und um ihnen langfristige Planungssicherheit geben zu können.
967 Entsprechend des Haushaltes des Landes Sachsen wollen wir eine Mehrjahresförderung
968 kultureller Einrichtungen erreichen. Wir befürworten die langfristig eigenständige Existenz der
969 Theater in Görlitz, Zittau und Bautzen, Plauen -Zwickau sowie der Landesbühnen Sachsen in

970 Radebeul als Einrichtung des Landes Sachsen. Die Vernachlässigung der sächsischen
971 Industriekultur muss beendet und der Zweckverband Sächsisches Industriemuseum durch eine
972 existenzsichernde Grundfinanzierung endlich eine langfristige Bestandsgarantie erhalten..
973
974 3.21. Für sichere Arbeitsverhältnisse in Kultur und Medien
975
976 Der Grundsatz der Freiheit von Kunst und Kultur ist ein hohes Gut, entbindet den Freistaat
977 Sachsen als Träger und Finanzier zahlreicher Einrichtungen in Kultur, Medien und Wissenschaft
978 aus unserer Sicht jedoch nicht von der Verantwortung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu
979 vermeiden. Deshalb kritisieren wir die gängige Praxis, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sei es
980 in Kultureinrichtungen, an Hochschulen oder beim öffentlich-rechtlichen Mitteldeutschen
981 Rundfunk, nur noch befristet oder als Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, sogenannte „feste
982 Freie“ zu beschäftigen. Sowohl wissenschaftliche Forschung als auch kritischer Journalismus –
983 insbesondere gegenüber der eigenen Landespolitik – als Bestandteil einer lebendigen
984 Demokratie basieren auf soliden und sozial sicheren Arbeitsverhältnissen. Wir wollen, dass auch
985 so genannte „feste Freie“ sozial abgesichert werden und streiten für mehr Mitsprache der
986 Redakteure.
987
988 3.22. Kulturraumgesetz demokratisieren
989
990 Die Entfristung des Kulturraumgesetzes im Jahr 2008 war ein wichtiger Schritt zum dauerhaften
991 und flächendeckenden Erhalt kultureller Infrastruktur in den Landkreisen, jedoch halten wir nun
992 eine weitere Demokratisierung der Kulturkonvente für notwendig. Die Wahl der Kulturbeiräte
993 durch die Kreistage muss mit paritätischer Besetzung erfolgen. Darüber hinaus wollen wir den
994 Kulturbeirat und damit die Kultur- und Kunstschaaffenden in den Landkreisen in ihrer
995 demokratischen Mitwirkung stärken und den Kulturbeirat weitere Vertreterinnen und Vertreter
996 in den Kulturkonvent entsenden lassen, dessen Mitglieder wiederum alle eine
997 Stimmberechtigung erhalten müssen. Parallel zur Demokratisierung der Kulturräume muss in
998 der neuen Legislaturperiode eine Kulturraumplanung erfolgen, die sowohl die Strukturen der im
999 Jahr 2008 neu gebildeten Landkreise als auch die demographische Entwicklung der nächsten
1000 Jahrzehnte berücksichtigt.
1001
1002 3.23. Freie Kultur- und Kunstszene unterstützen
1003

1004 Neben den Kultur- und Kunsteinrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft sehen wir eine
1005 identitätsstiftende Kulturszene und Kulturwirtschaft in Sachsen als einen Förderschwerpunkt
1006 unserer Kulturpolitik. Für Kunst- und Kulturschaffende in selbstständiger Existenz ist die
1007 Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse ein unverzichtbarer sozialversicherungsrechtlicher
1008 Schutz. Deshalb wird sich DIE LINKE auf Bundesebene für den Erhalt und die ausreichende
1009 Finanzierung der Künstlersozialkasse einsetzen.

1010 In Sachsen wollen wir insbesondere die existenzielle Situation der hier ansässigen Kultur- und
1011 Kunstschaffenden verbessern, zum Beispiel durch Stipendien, Räumlichkeiten und die
1012 Finanzierung von „Kunst im öffentlichen Raum“. Eine Vielzahl künstlerischer und kultureller
1013 Angebote und Einrichtungen könnte ohne ehrenamtliches Engagement nicht existieren. Deshalb
1014 bedarf das Ehrenamt auch im Kulturbereich einer besonderen Anerkennung und Unterstützung.

1015

1016 3.24. Kulturell-künstlerischen Nachwuchs fördern

1017

1018 Die musisch-kulturelle Bildung aller Generationen wollen wir fördern, insbesondere jedoch bei
1019 Kindern und Jugendlichen durch eine Stärkung der Musikschulen und Volkshochschulen auf
1020 Kreisebene, durch die gezielte Förderung der Nachwuchsarbeit öffentlicher und freier
1021 Kulturträger und durch die bessere Vernetzung mit schulischen Ganztagsangeboten für alle
1022 Jahrgangsstufen. Das professionelle Erlernen eines Instrumentes und die Ausübung
1023 Darstellender und Bildender Kunst müssen wohnortnah und für alle Familien bezahlbar möglich
1024 sein. Für Jugendliche wollen wir das Freiwillige Kulturelle Jahr bedarfsgerecht fördern und
1025 ausbauen.

1026

1027 3.25. Sorbische Kultur fördern

1028

1029 Die Bewahrung und Förderung des sorbischen Kulturgutes ist für uns gleichbedeutend mit
1030 anderen kulturpolitischen Aufgaben, deshalb treten wir für eine bedarfsgerechte Finanzierung
1031 der Stiftung für das sorbische Volk und anderer sorbischer Organisationen ein.

1032 DIE LINKE sieht den Freistaat Sachsen in der Pflicht, die Institutionen und Projekte zum Erhalt,
1033 zur Pflege und zur Entwicklung der sorbischen Sprache und Kultur mit jenen Mitteln
1034 auszustatten, die zur Wahrnehmung der notwendigen Aufgaben in allen kulturellen Bereichen
1035 notwendig sind. Eine Schließung sorbischer Kultureinrichtungen ist nicht hinnehmbar. Die
1036 Stiftung für das sorbische Volk ist daher durch den Bund sowie die Länder Sachsen und
1037 Brandenburg mit den nötigen finanziellen Mitteln auszustatten. DIE LINKE. Sachsen wird sich

- 1038** dafür einsetzen, dass das Finanzierungsabkommen unbefristet und mit dem notwendigen
- 1039** Inflationsausgleich abgeschlossen wird. Langfristig ist die Umstrukturierung von einer
- 1040** Zuwendungs- zu einer Kapitalstiftung einzuleiten.
- 1041** DIE LINKE. Sachsen wird im Landtag auf eine Novellierung des alten sächsischen
- 1042** Sorbengesetzes hinwirken.
- 1043**

1044 4. Sicher leben – Freiheit schützen**1045 4.1. Sicherheit und Schutz der Bürgerinnen- und Bürgerrechte****1046**

1047 DIE LINKE setzt sich nachdrücklich für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor
1048 Kriminalität, Gewalt, Machtmissbrauch und anderen rücksichtslosen Verhaltensweisen ein.
1049 Ausdrückliches Ziel linker Politik in Sachsen ist es, dass Jeder und Jedem die Teilhabe am
1050 öffentlichen Leben im Gefühl persönlicher Sicherheit möglich ist. Dazu fordern wir bessere
1051 Rahmenbedingungen für ein bürgernahes und verlässliches Funktionieren der Arbeit der Polizei,
1052 der Strafverfolgungsbehörden und der Rechtspflege generell.

1053 Die Stellenabbaupläne in Polizei und Justiz wollen wir rückgängig machen, mit dem Ziel, die
1054 Präsenz von Polizei vor Ort und die Verfügbarkeit von Richtern, Staatsanwälten und sonstigem
1055 Justizpersonal im konkreten Prozess der Rechtspflege zu erhöhen. Die in der 4. Wahlperiode des
1056 Sächsischen Landtags durchgeführten Polizeireformmaßnahmen und Strukturveränderungen
1057 haben sich überwiegend nachteilig auf Effektivität und Bürgernähe der Polizei ausgewirkt und
1058 bedürfen daher der Korrektur.

1059 Die Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten ist in diesem Zusammenhang eine
1060 wichtige, das Vertrauen zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern und Polizei stärkende
1061 Maßnahme.

1062**1063 4.2. Rechtsstaat erhalten****1064**

1065 Gleichzeitig wenden wir uns gegen jede Form der „Law and Order“ – Politik. Die den
1066 demokratischen Rechtsstaat gefährdende Tendenz, unter Berufung auf diffuse
1067 Terrorismusbedrohungen und notwendige Bekämpfung organisierter Kriminalität fortwährend
1068 Grund- und Freiheitsrechte der Bürger einzuschränken, werden wir weiterhin energisch
1069 bekämpfen. Gesetzesmaßnahmen bzw. -vorhaben, wie die Einführung des KFZ-Kennzeichen-
1070 Screening in Sachsen, die Umsetzung des BKA-Gesetzes mit seinen Eingriffen in das
1071 elementare Grundrecht auf Unverletzbarkeit der Wohnung durch Einführung des nun auch
1072 visuellen Großen Lauschangriffs, die damit einhergehende Vermischung von polizei- und
1073 nachrichtendienstlicher Arbeit sowie das fortwährende Unterlaufen des Grundrechts auf
1074 informationelle Selbstbestimmung u.a. durch die Online-Durchsuchung und extensive
1075 Maßnahmen der Kommunikationsüberwachung werden wir mit allen politischen und rechtlichen
1076 Mitteln angreifen.

1077 DIE LINKE verteidigt die Unverletzbarkeit des Wohnraums, den Schutz privater Daten auch
1078 gegen Online-Durchsuchung und Zugriffe wirtschaftlicher und staatlicher Institution. Wir
1079 wenden uns gegen Überwachungstechnologien im öffentlichen Raum. Die Erhebung
1080 biometrischer Daten sowie Schleier- und Rasterfandung ist für DIE LINKE ein ebenso
1081 unzulässiger Eingriff in die Rechte des Einzelnen.

1082 Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, also das Recht eines jeden Menschen, über
1083 Erhebung, Speicherung und Weitergabe seiner Daten selbst zu entscheiden ist für DIE LINKE
1084 zentral. Deshalb werden wir gemeinsam mit allen maßgeblichen Bürgerrechtsinitiativen eine
1085 landesweite Informationskampagne "Meine Daten gehören mir" initiieren. Dies schließt auch
1086 Initiativen zur Beseitigung von Überwachungstechnologien im öffentlichen Raum und eine
1087 wirksame Kontrolle der Erhebung und Weitergabe von Sozialdaten, des Datenschutzes generell,
1088 auch im privaten Bereich ein.

1089 Die Rechte des Souveräns, also der Bürgerinnen und Bürger des Landes, stehen für DIE LINKE
1090 auch in Sachsen an oberster Stelle. Daraus folgt für uns, dass die staatlichen Einrichtungen
1091 verpflichtet sind, ihr Handeln offen und nachvollziehbar zu gestalten.

1092 Deshalb wollen wir in der 5. Wahlperiode erneut für ein Akteneinsichtsrecht der Bürgerinnen
1093 und Bürger aktiv werden und ein Informationsfreiheitsgesetz einbringen, um die Zugänglichkeit
1094 der Informationen über das Handeln von Behörden zu verbessern. Die für die Umsetzung von
1095 Gesetzen so wichtigen Durchführungsbestimmungen wollen wir besser öffentlich zugänglich
1096 machen.

1097 Wir halten am Ziel fest, Geheimdienste im Freistaat Sachsen abzuschaffen und werden
1098 versuchen, diesem Ziel mit Initiativen zur maximal möglichen Transparenz und intensiven
1099 parlamentarischen Kontrolle des sächsischen Verfassungsschutzes näher zu kommen.

1100 Dazu nutzen wir auch die Erkenntnisse aus der Tätigkeit des 2. Untersuchungsausschusses zur
1101 sächsischen Akten- und Korruptionsaffäre, ausgelöst durch die lange Zeit geheim gehaltenen
1102 Erkenntnissammlungen des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz.

1103 DIE LINKE wird im neuen Landtag aktiv dafür eintreten, die Tendenz, dass für immer mehr
1104 Einwohnerinnen und Einwohner Sachsens der Zugang zu Rechtsberatung und Rechtsschutz
1105 unerschwinglich ist, aufgehalten wird. Sein Recht zu bekommen, darf nicht vom Geldbeutel
1106 abhängen. Wir fordern, dass der Freistaat Sachsen für die Wiedererlangung bzw. den Ausbau
1107 einer wirksamen Prozesskosten- und Beratungshilfe aktiv wird. Wir setzen uns dafür ein, dass
1108 ebenso die Beratungs- und Therapieangebote für Menschen mit Suchtmittelabhängigkeit
1109 jedweder Art erhöht und auch hier so Prävention vor repressiver Bestrafung rangiert. In diesem
1110 Sinne treten wir auch weiter für den Ausbau der Straffälligen- und Bewährungshilfe,

1111 vorsorgender Jugendhilfe und für einen konsequent am Prinzip der Resozialisierung orientierten
1112 modernen Straf-, im Besonderen Jugendstrafvollzug, ein. Das Vertrauen der Einwohnerinnen
1113 und Einwohner Sachsens in die verschiedenen Behörden der Rechtspflege ist in den letzten
1114 Jahren erschüttert worden. DIE LINKE. Sachsen wird deshalb ihr Augenmerk darauf legen, dass
1115 die politische Einflussnahme auf die Justiz, unter anderem bei der Benennung von Richtern und
1116 Staatsanwälten, beseitigt wird.

1117

1118 4.3. Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung ermöglichen

1119

1120 DIE LINKE. Sachsen vertritt die Position, dass die realen Beteiligungsmöglichkeiten der
1121 Bürgerinnen und Bürger an den politischen Prozessen sowohl auf Landesebene als auch in den
1122 Kommunen der Maßstab für den Entwicklungsstand der Demokratie sind. Für uns besteht
1123 Teilhabe an der Politikgestaltung eben nicht darin, alle paar Jahre Kreuze auf Wahlscheinen
1124 machen zu dürfen. Da sich auch die Politikerinnen und Politiker selbst nicht nur mit Erfolgen
1125 brüsten können, sondern häufig genug Fehlentscheidungen oder Entscheidungen gegen die
1126 Interessen und Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner dieses Landes gefällt wurden,
1127 kann eine verstärkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auch zu einer
1128 Qualitätsverbesserung der Politik führen. Die Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten
1129 betrifft nicht nur Bürger- und Volksbegehren. Deren Quoren, also die Zahl der
1130 Stimmberechtigten, die sich an einer Abstimmung beteiligen müssen, damit diese gültig ist,
1131 werden wir senken. Darüber hinaus wollen wir Bürger- und Volksbegehren bei zentralen
1132 politischen Aufgaben deutlich stärker zum Mittel der Entscheidungsfindung machen. Damit
1133 steht für die Politik auch die Aufgabe, ihre Vorstellungen und Ansätze öffentlich zu vertreten
1134 und zu diskutieren, um am Ende das überzeugendste und beste Angebot umzusetzen.

1135 DIE LINKE will dafür sorgen, dass Parlamente und Behörden Wege aufzeigen, damit
1136 bürgerschaftliches Engagement erfolgreich sein kann. Insbesondere in den Städten, Gemeinden
1137 und Kreisen bestehen gute Möglichkeiten für eine verstärkte Einbeziehung der Bürgerinnen und
1138 Bürger in die Politik.

1139 Die Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner in den sächsischen Kommunen gerade
1140 bei der künftigen Gestaltung ihrer Kommunalhaushalte durch Aufstellung von Bürgerhaushalten
1141 ist für uns dabei von wesentlicher Bedeutung. Denn mit der Entscheidung über die künftige
1142 Verwendung der den Kommunen zur Verfügung stehenden Gelder werden grundlegende
1143 Entscheidungen für die künftige Kommunalpolitik vor Ort getroffen. DIE LINKE wird daher für
1144 eine regelmäßige Durchführung von Verfahren zur Aufstellung von Bürgerhaushalten eintreten

1145 und darauf drängen, dass das Land den Gemeinden, Städten und Landkreisen eine zur Erfüllung
1146 ihrer umfassenden kommunalen Aufgaben gerecht werdende, auskömmliche Finanzausstattung
1147 zur Verfügung stellt.

1148

1149 4.4. Kommunalpolitik stärken

1150

1151 Die Abschaffung der demokratisch unkontrollierten Landesdirektionen und die damit
1152 verbundene Verteilung der Aufgaben und Bediensteten auf die kommunale und Landesebene ist
1153 für uns eine notwendige Reparaturaufgabe der missglückten Kreisgebiets- und
1154 Verwaltungsreform. Die Stärkung der Rechte der Gemeinde- und Kreisräte unter anderem durch
1155 ein besseres, umfassendes Akteneinsichtsrecht steht für uns auf der Tagesordnung. Die
1156 sächsische Gemeindeverfassung ist in diesem Zusammenhang grundsätzlich zu erneuern. Dazu
1157 gehört vor allem, die Arbeitsbedingungen für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker
1158 zu verbessern. Wir wollen, dass die Vorsitzenden der Kreistage und Gemeinderäte durch die
1159 jeweiligen Gremien gewählt werden. Damit soll eine Dezentralisierung von
1160 Entscheidungskompetenzen auf die kommunale Ebene verbunden sein, welche die
1161 Einflussnahmemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger verstärkt. Für DIE LINKE ist die
1162 regelmäßige Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Strukturen als Partner von Parlament und
1163 Verwaltung bereits bei der Vorbereitung von Prozessen und Entscheidungen ein wichtiger
1164 Schritt hin zu einer auch qualitativ besseren Politik. Direkte Demokratie, Teilhabe und
1165 Transparenz können nur gemeinsam und eng aneinander gekoppelt entwickelt werden. Mit den
1166 neuen, allgemein zugänglichen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten bestehen neue
1167 Voraussetzungen für die sachkundige Mitberatung und Mitentscheidung öffentlicher
1168 Angelegenheiten. Risiken und Fehler bei der Lösungsfindung für kommunale Probleme lassen
1169 sich so minimieren, vorausgesetzt, dass die Kommunalvertretungen selbst ihre Arbeitsweise
1170 demokratisieren. Notwendig ist eine völlig neue Kultur des Verwaltungshandelns, die sich durch
1171 ein Höchstmaß an Transparenz und damit an Vertrauen zwischen der hauptamtlichen
1172 Verwaltung, den ehrenamtlichen Vertretungskörperschaften und den Bürgerinnen und Bürgern
1173 auszeichnet.

1174

1175

1176 4.5. Kommunalabgaben begrenzen**1177**

1178 DIE LINKE wird sich auch weiterhin für die Begrenzung von Kommunalabgaben einsetzen und
1179 darauf achten, dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger bei der Investitionsplanung ein
1180 tatsächliches Mitspracherecht haben. Gebühren und andere Abgaben müssen auf
1181 nachvollziehbarer Kalkulationsgrundlage berechnet werden und sozial verträglich sein.
1182 Sparsamer Ressourcenverbrauch darf nicht durch höhere Abgaben bestraft werden, sondern
1183 muss sich für die Verbraucher auch finanziell lohnen.

1184**1185** 4.6. Mitwirkung erleichtern**1186**

1187 Die verbindliche Einrichtung von Beiräten für die Probleme spezifischer Bevölkerungsgruppen,
1188 in denen diese selbst vertreten sind, ist eine auf der kommunalen Ebene zügig realisierbare
1189 Chance der Ermöglichung von Teilhabe an der Politikgestaltung. Insbesondere die Einrichtung,
1190 Förderung und Unterstützung von Jugendbeiräten und Jugend- bzw. Kinderparlamenten in den
1191 Städten und Gemeinden ist ein Anliegen der LINKEN in Sachsen. Zusammen mit der
1192 Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre wenigstens in den Kommunen können damit auch für
1193 die jüngere Generation die Möglichkeiten politischer Beteiligung verbessert werden. Eine
1194 lebendige politische Kultur bedarf natürlich entsprechender Kommunikationsmöglichkeiten.
1195 Daher ist die verstärkte Förderung lokaler und regionaler Bürgermedien wie z.B. Bürgerradios
1196 und Stadtteilzeitungen ebenso notwendig, wie die umfassende Unterstützung antirassistischer,
1197 antifaschistischer und interkultureller Projekte. Eine lebendige demokratische Kultur auf allen
1198 Ebenen ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, menschenverachtenden Denkweisen und
1199 Handlungen wirksamen Widerstand entgegenzusetzen zu können.

1200**1201** 4.7. Geschlechtergleichstellung – Aufgabe für alle öffentlichen Ebenen und Bereiche**1202**

1203 Die Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Raum ist ein
1204 verfassungsrechtlicher Auftrag für Politik und Verwaltung, der bislang nur halbherzig umgesetzt
1205 wird. Es geht darum, die Geschlechterperspektive bei Planung, Durchführung, Überwachung
1206 und Auswertung aller politischen Maßnahmen zu berücksichtigen. In besonderer Weise ist das
1207 im Bereich der Haushalts- und Förderpolitik notwendig, da von staatlich eingesetzten Mitteln
1208 Frauen bzw. Männer bislang äußerst unterschiedlich profitieren. Wir setzen uns deshalb für eine
1209 solche Haushaltsführung ein, die von einer Analyse der Teilhabe von Frauen und Männern im

1210 jeweiligen Haushaltsbereich ausgeht und sicherstellt, dass beiden Geschlechtern der gleiche
1211 Zugang zu öffentlichen Haushaltsmitteln ermöglicht wird (Gender Budgeting). In vielen Fällen
1212 haben Gesetze und Verordnungen unterschiedliche Auswirkungen auf die Geschlechter, deshalb
1213 sind im Vorfeld gleichstellungssensible Gesetzesfolgenabschätzungen erforderlich, um
1214 Benachteiligungen zu vermeiden.

1215 Im Zuge der Kreisgebietsreform wurden die personellen und finanziellen Ressourcen für die
1216 kommunale Gleichstellungsarbeit insbesondere in den Landkreisen und ehemals kreisfreien
1217 Städten erheblich eingeschränkt. Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Landkreisen und
1218 kreisfreien Städten hauptamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte bestellt werden, die bei
1219 Einstellungen, Beförderungen, aber auch in der politischen Entscheidungsfindung unmittelbar
1220 und gleichberechtigt mitwirken. Mehr Frauen in Spitzenpositionen der Verwaltung und Politik
1221 bedeutet mehr Demokratie vor Ort.

1222 Gleichstellungspolitik ist ein Querschnittsthema, für das die Agierenden Sachwissen und
1223 Kompetenz benötigen. Um dies zu sichern, sollte Sachsen ein Kompetenzzentrum für
1224 Geschlechtergleichstellung einrichten, um z. B. Unternehmen, Einrichtungen sowie
1225 Verwaltungen aller Ebenen zu beraten, Fachkräfte zu schulen sowie geschlechtsdifferenzierte
1226 Daten zu sammeln und zur Verfügung zu stellen.

1227

1228 4.8. Weltoffenes und kulturvolles Sachsen

1229

1230 Sachsen ist seit Jahrhunderten ein Land bzw. eine Region, für die Einwanderung eine wichtige
1231 Grundlage für eine gute wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung war. Auch in der Gegenwart
1232 ist dies nicht anders. Ein Land, das sich abschottet und abriegelt, wird hoffnungslos in seiner
1233 Entwicklung zurück bleiben. Deshalb müssen wir uns darum bemühen, dass der im
1234 bundesdeutschen bzw. europäischen Vergleich weit unterdurchschnittliche Anteil von
1235 Menschen, die aus anderen Regionen dieser Welt zu uns kommen wollen, deutlich erhöht wird.
1236 Dies ist nicht nur mit Blick auf die demografischen Probleme eine wirtschaftliche und kulturelle
1237 Notwendigkeit, sondern auch jenseits dieser eine Bedingung dafür, dass Sachsen mit anderen
1238 Regionen Europas auf Augenhöhe stehen kann. Die intensive Einbindung von Migrantinnen und
1239 Migranten bei der Entwicklung von Integrationskonzepten ist dabei für DIE LINKE ebenso
1240 selbstverständlich, wie deren gleichberechtigte Einbeziehung in alle politischen Prozesse, sei es
1241 bei Wahlen oder durch die Bildung von entsprechenden Beiräten für Parlamente und
1242 Verwaltungen auf allen Ebenen. Antidiskriminierungsprogramme sind auch in diesem
1243 Zusammenhang ein erster Schritt dahin, die bisher nur geringe Attraktivität Sachsens für die

1244 Einwanderer zu erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Beschränkungen für eine doppelte
1245 Staatsbürgerschaft aufgehoben werden und in Deutschland geborene Kinder von Migrantinnen
1246 und Migranten automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.

1247

1248 4.9. Die extreme Rechte: eine Gefahr für die Demokratie

1249

1250 Im Kampf für ein Leben in Menschenwürde für alle Einwohnerinnen und Einwohner Sachsens
1251 setzt sich DIE LINKE konsequent gegen rechte Denkmuster wie Antisemitismus,
1252 Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Nationalismus und andere diskriminierende Einstellungen
1253 ein, egal, in welchem Zusammenhang sie auftreten. Rechtes Denken und Handeln existieren
1254 nicht ausschließlich im Jugendbereich, sondern sind in allen Altersgruppen anzutreffen. Dagegen
1255 anzugehen ist eine Querschnittsaufgabe, die sich durch verschiedene Politikfelder zieht und nicht
1256 allein mit der Bekämpfung der NPD erledigt ist.

1257 Wir erachten die gesamtgesellschaftliche Ächtung der extremen Rechten als eine vordringliche
1258 Aufgabe. DIE LINKE wird sich weiter dafür einsetzen, dass es rechten Gruppen und ihren oft
1259 gewalttätigen Anhängern nicht gelingt, „Angstzonen“ zu errichten, in denen es Menschen
1260 erschwert wird, frei zu leben.

1261 In Sachsen müssen Fort- und Weiterbildungsangebote zur präventiven Arbeit gegen die extreme
1262 Rechte für die Bereiche Jugend- und Sozialarbeit, für Lehrerinnen und Lehrer, für die
1263 Verwaltung in den Kommunen sowie nicht zuletzt für Polizei und Justiz verstärkt werden. In all
1264 diesen Bereichen ist für qualifiziertes, ausreichendes und unbefristet beschäftigtes Personal zu
1265 sorgen. DIE LINKE. Sachsen wird alle antifaschistischen Projekte, Initiativen und Bündnisse
1266 unterstützen und das Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ dauerhaft
1267 fortführen.

1268 Die von der Staatsregierung vorgesehenen Maßnahmen zur Änderung des Versammlungsrechts
1269 im Sinne von Versammlungs- und Demonstrationsverboten, die für bestimmte Gedenktage und
1270 ortsbezogen gelten sollen, zur vermeintlichen Begegnung auf demonstrative Aufmärsche von
1271 Neonazis halten wir für kein probates Mittel. Vielmehr fordern wir eine Anwendungs- und
1272 Spruchpraxis zum Versammlungsrecht, die dessen Missbrauch durch Verbreiter neonazistischen
1273 Gedankenguts verhindert, in jedem Fall aber den zivilgesellschaftlichen Widerstand hiergegen
1274 zulässt und nicht repressiv unterdrückt.

1275

1276 5. Umwelt schützen und Energiewende einleiten**1277 5.1. Sozial-ökologischer Umbau als Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft****1278**

1279 Klimawandel und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen machen auch vor Sachsen
1280 nicht halt, im Gegenteil, insbesondere Ostsachsen wird in den nächsten Jahrzehnten deutlich von
1281 globaler Erwärmung und zunehmender Trockenheit betroffen sein. Deshalb stellt der sozial-
1282 ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft unsere größte politische Herausforderung
1283 dar. Denn soziale Sicherheit und ökologisches Wirtschaften werden in Zukunft untrennbar
1284 miteinander verknüpft sein. DIE LINKE. Sachsen bekennt sich darum zu einer Umkehr in der
1285 Verkehrspolitik, zur energiepolitischen Wende, zu Natur- und Tierschutz sowie zu einer sozial-
1286 ökologisch ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft. Nachhaltigkeit verstehen wir als
1287 Prinzip unserer Politik, welches sich durch alle politischen Bereiche zieht.

1288**1289 5.2. Verantwortungsbewusste Verkehrs- und Wirtschaftspolitik ist nachhaltig****1290**

1291 Um den CO₂-Ausstoß langfristig zu senken, ist vor allem ein Umdenken in der Verkehrspolitik
1292 notwendig. Deshalb geben wir der Förderung und dem Ausbau des öffentlichen Personen- und
1293 Güterverkehrs sowie dem Ziel der Verkehrsvermeidung, u.a. durch einen Ausbau vorhandener
1294 Verkehrswege statt dem Neubau von Straßen, in unserer Politik Vorrang.
1295 „Mobilität für alle“ heißt für uns, die Nutzung von Eisenbahn und Fahrrad sowie Bus und
1296 Straßenbahn muss für alle attraktiv, barrierefrei und bezahlbar sein. Deshalb setzt sich DIE
1297 LINKE. Sachsen für einen integrierten Taktfahrplan in allen sächsischen Regionen, den
1298 barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen und Umstiegspunkten sowie Sozialtickets auf regionaler
1299 Ebene ein. Darüber hinaus halten wir einen Ausbau des Radwegesystems sowie im Rahmen der
1300 Stadtentwicklung die Einrichtung von Umweltzonen zum Schutz vor Feinstaub und Lärm und
1301 eine ökologische Verkehrssteuerung des Individual- und Güterverkehrs durch
1302 Verkehrsleitsysteme und einen attraktiven Nahverkehr für unerlässlich. DIE LINKE setzt sich
1303 für die Wiederbelebung der Inter-Regio-Züge ein, um wieder mehr Städte und Regionen in
1304 Sachsen an den Fernverkehr anzubinden. Verkehrspolitik ist für uns eng mit Umwelt- und
1305 Gesundheitspolitik verknüpft.
1306 Die Verkehrsverbände in Sachsen will DIE LINKE in kommunaler Verfasstheit erhalten und auf
1307 Bundesebene werden wir uns weiterhin gegen einen Börsengang der Deutschen Bahn AG
1308 engagieren. Während Sachsen im 20. Jahrhundert bereits einmal das dichteste Eisenbahnnetz
1309 Deutschlands besaß, wollen wir dafür sorgen, dass wichtige Strecken im Fernverkehr wieder

1310 ausgebaut werden: Chemnitz benötigt als Großstadt ebenso eine ICE-Anbindung nach Berlin
1311 wie Dresden in eine ICE-Strecke zwischen Berlin und Prag eingebunden werden muss. Den
1312 schnellen Fernverkehr auf der Sachsen-Franken-Magistrale sowie von Dresden nach Görlitz und
1313 grenzüberschreitend bis Wroclaw wollen wir wiederbeleben. Eine ökologische Wende im
1314 Individualverkehr ist nur durch zeitlich attraktive und schnelle Verbindungen in ganz Sachsen zu
1315 erreichen. Dem Güterverkehr auf Landstraßen und Autobahnen wollen wir Einhalt gebieten,
1316 durch ein Umlenken auf die Schiene sowie durch eine Förderung der Binnenschifffahrt mit
1317 moderneren und angepassten Flussschiffen. Einen weiteren Ausbau von Flüssen wie der Elbe
1318 lehnen wir ab.

1319

1320 5.3. Erneuerbare Energien ausbauen, Landschaft erhalten

1321

1322 Angesichts des Klimawandels und der Ressourcenverknappung ist eine drastische Reduzierung
1323 des Energieverbrauchs bei gleichzeitiger Umstellung der Energieversorgung von fossilen auf
1324 erneuerbare Energieträger auch im Freistaat Sachsen unabdingbar. Der Anteil aller Formen
1325 erneuerbarer Energien am Gesamtenergieaufkommen ist konsequent auszubauen. In den
1326 Regionalplänen sind die Ausweisungen der Windkrafteignungsflächen zu überarbeiten.
1327 Immobilien der öffentlichen Hand sind konsequent mit Solarthermie und Photovoltaik
1328 auszustatten, vorhandene Wasserkraftpotentiale sind unter Berücksichtigung ökologischer und
1329 wasserwirtschaftlicher Belange auszuschöpfen. Dafür ist die Orientierung auf eine dezentrale
1330 und mittelständisch verfasste Energiewirtschaft notwendig. Energieversorgungsstrukturen sind
1331 zu entflechten, dezentrale Energieerzeugungsanlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung sind zu
1332 fördern. Ebenso können auch in diesem Bereich direkte Beteiligungsmodelle wie
1333 „Bürgerinnenkraftwerke“ gestärkt werden.

1334 DIE LINKE tritt aktiv für die Rekommunalisierung von Stadtwerken ein.

1335 Die Fortschreibung des Energieprogramms Sachsen einschließlich der dauerhaften Ablehnung
1336 von Atomstrom ist eines der Ziele der LINKEN. Insbesondere auf dem Gebiet der erneuerbaren
1337 Energien sind alle Anstrengungen zu unternehmen, durch Forschung und Entwicklung deren
1338 Wirkungsgrade zu optimieren. Im Bereich des Braunkohleabbaus wollen wir dafür sorgen, dass
1339 weder weitere Siedlungen abgebaggert werden noch neue Tagebaue aufgeschlossen.

1340 DIE LINKE steht dazu, dass gesetzlich anerkannte Siedlungsgebiet des sorbischen Volkes nicht
1341 leichtfertig der Zerstörung aus privatwirtschaftlichen Gewinninteressen von Bergbau und
1342 Energiekonzernen zu opfern.

1343 Zugleich bedarf es intensiver Bemühungen, den Verbrauch von Energie insgesamt zu senken.
1344 Die Senkung des Energieverbrauches durch die Nutzung neuer Technologien in der Industrie ist
1345 zu fördern. Die Bemühungen bei der Dämmung von Gebäuden sowie beim Einsatz
1346 energiesparender Produkte in den Haushalten und in den öffentlichen Gebäuden sind zu
1347 unterstützen.
1348
1349 5.4. Ökologisch erzeugen und regional vermarkten
1350
1351 Wichtigste Aufgabe der Agrar- und Ernährungswirtschaft ist die Bereitstellung
1352 umweltverträglich erzeugter, gesundheitlich unbedenklicher, für alle bezahlbarer Nahrungsmittel
1353 bei gerechten Preisen für die Erzeugerinnen und Erzeuger. Wir sehen uns vor dem Anspruch des
1354 sozial-ökologischen Umbaus unseres Landes nicht nur in der Pflicht, die Umstellung
1355 konventioneller auf ökologisch arbeitende landwirtschaftliche Betriebe weiterhin zu
1356 unterstützen, sondern auch im Sinne der Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe besonders die
1357 Vermarktung der erzeugten Produkte zu fördern. Die LINKE. Sachsen wird durch die
1358 Unterstützung einer langfristig orientierten Förderpolitik auf europäischer, Bundes- und
1359 Landesebene die Motivation der Agrarbetriebe zu einer Umstellung auf ökologisches
1360 Wirtschaften mit dem Ziel stärken, den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche auf 20 %
1361 an der Gesamtheit der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Sachsen zu erhöhen.
1362 Um den Umstieg für größere Agrarbetriebe zu erleichtern, sollte auch die Umstellung von
1363 Betriebsteilen auf Öko-Landbau ermöglicht werden.
1364 Die vollständige und sachgerechte Nutzung von Mitteln aus der europäischen Förderung für die
1365 Entwicklung des ländlichen Raumes werden wir sowohl durch revolvingende Fonds (z.B.
1366 „SachsenLand-Fonds“) als auch durch eine Vereinfachung, Beschleunigung und
1367 Entbürokratisierung der Vergabe ermöglichen.
1368
1369 Wir bekennen uns zur gentechnikfreien Landwirtschaft in ganz Sachsen. Erster Schritt dazu ist
1370 der Verzicht des Einsatzes gentechnisch veränderter Kulturen und die Einrichtung
1371 gentechnikfreier Regionen. Den jetzt schon spürbaren Folgen des Klimawandels in Form der
1372 Häufung von Extremwetterereignissen muss mit einer Mehrgefahrenabsicherung
1373 landwirtschaftlicher Betriebe beziehungsweise staatlichen Garantien Rechnung getragen werden.
1374 Die Politik der LINKEN in Sachsen orientiert darauf, dass landwirtschaftliche Kulturflächen
1375 vorrangig für den Anbau von Nahrungsmitteln und Tierfutter genutzt werden. Die Unterstützung
1376 einer nachhaltigen Forstwirtschaft fortzuführen und damit einen entsprechenden Waldumbau zu

1377 befördern, ist ein wichtiges Ziel. Die energetische und stoffliche Nutzung nachwachsender
1378 Rohstoffe muss stärker mit einer unternehmensnahen Forschung gekoppelt werden.
1379
1380 5.5. Natur-, Tier- und Artenschutz ernst nehmen
1381
1382 Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen stellt über Jahrzehnte eine der größten globalen
1383 Herausforderungen dar, für deren Bewältigung regionales und lokales Handeln und das
1384 verantwortliche Handeln des Freistaates den Schlüssel bietet. Wirtschaften in Sachsen hat diese
1385 Priorität anzuerkennen, ansonsten sind existenzielle Auswirkungen sozialer, gesellschaftlicher
1386 und wirtschaftlicher Art zu erwarten, die wir nicht wollen. Die Frage: „Wie halten Sie es mit
1387 dem Naturschutz?“, steht bei jeder Entscheidung. Wir wollen die sich bietenden
1388 Gestaltungsspielräume ausschöpfen. Hierbei sind uns die Empfehlungen der Naturschutzvereine
1389 wichtig. Deren vorwiegend ehrenamtliches Wirken bedarf größerer öffentlicher Wertschätzung
1390 und staatlicher Förderung.
1391
1392 Die Rote Liste der in Sachsen vom Aussterben bedrohten Pflanzen und Tiere darf durch
1393 Behördenunwillen nicht ständig länger werden. Die Sorge um den dramatischen Rückgang der
1394 biologischen Vielfalt auch in Sachsen ist für uns nicht nur beklagenswerter Zustand sondern
1395 Ansporn für umfassendes Umsteuern in der Landespolitik. Von den sächsischen Behörden muss
1396 erwartet werden, dass sie die Anforderungen des Naturschutzes konsequent einhalten.
1397 Naturschutz und insbesondere Baumschutz sollen vor den Interessen einzelner Behörden wie der
1398 Landestalsperrenverwaltung, den Straßenbaubehörden und des Oberbergamtes stehen. Deshalb
1399 wird sich DIE LINKE. Sachsen für ein Verbandsklagerecht der Natur- und Tierschutzverbände
1400 einsetzen.
1401
1402 Gerade der für Zeiten des Bevölkerungsrückgangs ungerechtfertigt hohe Verbrauch an
1403 Landflächen für Wirtschaft, Verkehr und Wohnen, quasi eine Bodenvernichtung, muss rigoros
1404 eingedämmt werden. Bestehende Bodenversiegelungen sind verstärkt rückgängig zu machen.
1405 Landschaftsschutzgebiete sollen im Einvernehmen mit den Landnutzern eine Aufwertung
1406 erfahren. Deren Beiträge im Naturschutz müssen besser honoriert werden.
1407 Hochwasserschutz ist mehr als hochwassergefährdete Orte bautechnisch gekonnt einzumauern.
1408 Den Flussläufen vor allem der Elbe und Vereinigten Mulde muss mehr Raum gegeben werden.
1409

1410 Schluss

1411

1412 Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

1413 mit unseren politischen Angeboten für die Bereiche Arbeit und Wirtschaft, Soziales, Bildung

1414 und Kultur, Demokratie und Umwelt hoffen wir, Sie davon überzeugt zu haben, dass DIE

1415 LINKE in der Lage ist, Sachsen so zu gestalten, dass ein Leben in Menschenwürde für alle

1416 möglich ist. Gerade die Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen,

1417 dass die Rezepte der vergangenen Jahre in die Irre führen. Den Gürtel enger zu schnallen, also

1418 niedrige Löhne und der Abbau sozialer Sicherheit, hat nicht dazu geführt, dass es den Menschen

1419 in diesem Land besser geht. Vielmehr wurden soziale Sicherheit und Gerechtigkeit auch von der

1420 hier in Sachsen regierenden CDU aufs Spiel gesetzt. Dieses Experiment verdient ein schnelles

1421 Ende. Wir, DIE LINKE in Sachsen, können dafür sorgen!

1422

1423 Mit den in diesem Programm ausführlich dargestellten Konzepten und Vorschlägen für die

1424 nächsten fünf Jahre und darüber hinaus konzentrieren wir uns auf die wichtigsten Aufgaben hier

1425 im Freistaat. Selbstverständlich stehen wir darüber hinaus als Partei der sozialen Gerechtigkeit

1426 für ein breites politisches Angebot. Die Abschaffung der Hartz Gesetze ist eines der wichtigen

1427 sozialpolitischen Ziele unserer Partei auf Bundesebene. Dies betrifft sowohl die

1428 menschenunwürdig niedrige finanzielle Ausstattung als auch die weiteren damit verbundenen

1429 Repressionen. Dieses Ziel werden wir von Sachsen aus natürlich unterstützen, die

1430 Entscheidungen darüber aber werden im Bundestag gefällt. Seit vielen Jahren ist deutlich

1431 geworden, dass DIE LINKE die einzige Partei in den Parlamenten dieses Landes ist, die

1432 konsequent für die friedliche Lösung internationaler Konflikte eintritt. Daran hat sich nichts

1433 geändert. Ebenso ist für uns weiterhin die europäische Integration vor allem eine Frage

1434 grenzüberschreitender sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit. Wir stehen für eine

1435 europäische Union, in der die sozialen und Bürgerrechte die entscheidende Stellung einnehmen.

1436 Wir sind damit die Partei, die Europa nicht nur als Wirtschaftsraum betrachtet, der von den

1437 Interessen der Unternehmen dominiert wird, sondern als Gemeinschaft, in der die Interessen

1438 aller Einwohnerinnen und Einwohner Beachtung finden.

1439 DIE LINKE. Sachsen ist selbstverständlich dem Bundestagswahlprogramm unserer Partei

1440 verpflichtet und unterstützt alle auf dieser Ebene von unserer Partei vorgeschlagenen Konzepte.

1441

1442

1443 Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
1444 in den nächsten fünf Jahren steht Sachsen vor erheblichen Herausforderungen. DIE LINKE ist
1445 bereit, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Deshalb bitten wir um Ihr Vertrauen. Die
1446 wichtigste Aufgabe besteht unserer Auffassung nach darin, dass die notwendige Korrektur der
1447 Ergebnisse der fehlgeleiteten Politik der letzten zwanzig Jahre in diesem Land nicht auf Kosten
1448 der sozialen Sicherheit der Einwohnerinnen und Einwohner stattfindet. Wir versprechen nicht,
1449 dass von einem Tag auf den anderen „blühende Landschaften“ entstehen. Aber wir können uns
1450 dafür verbürgen, dass soziale Sicherheit und Gerechtigkeit unsere Leitmotive für all unsere
1451 Entscheidungen sind. Dafür arbeiten wir gemeinsam mit unseren Partnern in
1452 zivilgesellschaftlichen Organisationen, in Gewerkschaften, in Bürgerinitiativen auf allen
1453 Ebenen. Die deutliche Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten aller daran interessierten
1454 Einwohnerinnen und Einwohner Sachsens an der Gestaltung der Politik ist damit das zweite
1455 Markenzeichen unseres Angebotes an Sie.
1456 So werden wir gemeinsam Sachsen zu einem Land gestalten, in dem ein Leben in
1457 Menschenwürde für alle möglich ist.